

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 27.

Sonnabend, den 8. Juli 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Vom achten Gewerkschaftskongress. II. — Der Streik der Steinarbeiter im Vedetal bei Gummersbach. — Die Bautätigkeit in deutschen Großstädten im Jahre 1910. — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Reichsversicherungsordnung. III. — Ein Protest. — Steinarbeiterschaft und Alkoholgenuss. — Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats vom 1. Quartal 1911. — Steinausführungen. — Feuilleton: Das Gewerkschaftskongressfest.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Randersacker: Plaz Schliermann. — Kirchberg: Die Firmen Berthold und Brückner.

Faulbach a. M., Fehrenbach, Reistenhausen, Stadtprojekten, Ebelsbach, Mondfeld, Miltenberg, Röllfeld, Bürgstadt und Oberburg. Die Sandsteinarbeiter sind in Streik getreten.

Bede-Grümmersbach (Rhld.). Die Pflastersteinarbeiter stehen im Streik. Ein großer Teil der Kollegen ist abgereist.

Pilgramsreuth-Neuhaus. Die hiesigen Firmen sind gesperrt. Arbeitsangebote der Unternehmer sind abzulehnen.

Ströbel (Schlesien). Die Unternehmer stellen gegenseitig keine Leute ein, welche die Arbeitsstellen wechseln. Unsere Kollegen finden eine solche Fessel unerträglich.

Berthelsdorf (Zahlstelle Sebnitz). Der Streik bei der Firma Heinrich & Hutsch ist zu unseren Gunsten erledigt. Es kam ein Tarif zum Abschluss.

Schreibersgrün. Mit den Granitsteinbruchbesitzern konnte ein umfangreicher Tarif abgeschlossen werden.

Mannheim. Der vorgelegte Marmorarbeitertarif in Mannheim-Ludwigshafen wurde von sämtlichen Firmen anerkannt, mit Ausnahme der Schachenmühle. Sechzehn in Frage kommende Kollegen stellten die Arbeit ein.

Strahburg (Elsaß). Hier stehen in der Schachenmühle die Marmorarbeiter im Streik.

München. Der Streik der Bausteinmengen ist zu unseren Gunsten erledigt. Die Stundenlohnzulage beträgt 3 Pfg.

Alt-Warthau. Die Hilfsarbeiter haben um eine kleine Lohnzulage nachgehakt. Die Unternehmer haben auf die gemachte Eingabe noch nicht einmal geantwortet.

Dresden. Die Firma Keil & Comp. will den Tarif reduzieren. Einige Kollegen sind bereits abgereist.

Selbig bei Hof (Oberfranken). Die Nordbayrischen Steinwerke sind gesperrt. Lohnkürzungen und Entlassungen wurden wieder vorgenommen, ja der Direktor hat sogar einen Kollegen geohrfeigt. — Diese Rohheit wird das Gericht noch beschäftigen.

Riel. Der Streik ist erledigt, es wurde ein Akkordtarif abgeschlossen. Wegen der Klempnerausperrung konnten unsere Kollegen noch nicht in Arbeit treten.

Hausberge und Nettelstädt. Die Firma M. Michelson & Co. ist wegen Lohnunterschieden gesperrt. In Böhmen treibt sich ein Agent herum, der Steinmengen für die Firma anwerben will.

Wiesbaden. Wegen Nichtanerkennung der bescheidenen Forderungen sind die hiesigen Kollegen in Streik getreten. Leider sind einige Kollegen zugereist, so daß dadurch unsere Interessen wesentlich geschädigt wurden.

Pirna. Der Mühlensteinbetrieb der Firma Gebr. Israel ist wegen Reduzierung der früheren Löhne für alle organisierten Mühlensteinarbeiter gesperrt.

Gommern. Circa 665 Pflastersteinarbeiter haben die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer eine zehnprozentige Lohnzulage ablehnten und auf Eingaben des Verbandes nicht reagierten. 400 Mann sind abgereist. Zugang muß streng ferngehalten werden.

Münster (Westfalen). Die in den Grabsteingeschäften und Werkstätten für innere Kircheneinrichtungen beschäftigten Kollegen haben am 21. Juni die Arbeit niedergelegt.

Oesterreich. Gesperret sind: Schwarzbrunn, Rohlfstadt, Maffersdorf, Aulzig, Kolomea, Drohobycz, Laibach, Mühlendorf, Friedeberg, Klein-Krosse, Rotwasser, Sehdorf und Schwarzwasser. In den fettgedruckten Orten sind etwa 700 Granitarbeiter ausgesperret.

Budapest. Die Lage ist hier noch unändert und ist noch keine Aussicht auf eine Beendigung der Bewegung. Bis jetzt konnten 173 Kollegen auswärts beschäftigt werden; die Zahl der Ausgesperreten ist noch 630.

Vom achten Gewerkschaftskongress.

II.

Ein äußerst großzügiges Referat hielt Rechtsanwalt Genosse Dr. Heinemann über: das Koalitionsrecht in Deutschland und der Entwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch. Das Referat war ein juristisches Meisterwerk in seinem Aufbau. Theorie und Praxis ergänzten sich wirksam. Dr. Heinemann kennt als Syndikus der Berliner Metallarbeiter die Materie bis ins kleinste Detail. In seinen vorzüglichen Ausführungen übte er herbe Kritik an der jetzt gegen organisierte Arbeiter geübten Rechtsprechung und an den durch die neuen Entwürfe noch verschlechterten Bestimmungen bei straffälligen Vergehen in Lohnkämpfen. Die Entscheidung des Reichsgerichts, daß das Verbot der Erpressung bei Lohnkämpfen vorliegt, wenn die Arbeiter Forderungen stellen „und höhnische und dreiste Mienen dabei zur Schau tragen“, hätte die Motive selbst für unhaltbar angesehen. Aber die Neuregelung bringt keine Verbesserung, sondern läßt den Tatbestand einer Erpressung vorliegen, wenn bei der Androhung einer Arbeitsniederlegung die geforderten Löhne im Mißverhältnis zur Arbeitsleistung stehen und der Täter sich dessen bewußt war. Der Richter also müßte entscheiden, welcher Lohn als angemessen zu betrachten ist. Wer aber weiß, mit welchem Wohlwollen die Aussagen der Arbeitswilligen, daß ihnen der Lohn genüge, vor Gericht aufgenommen werden, der wird über die Lohnhöhe des Richters nicht im Zweifel sein, und der Begriff der Erpressung ist gegeben. Niemand kann sich dagegen schützen, denn wer selbst den gelehrtesten Professor fragen würde, ob auch die zu stellenden Forderungen angemessen seien, könne keine zufriedenstellende Auskunft erhalten, da das ja erst der Richter entscheide. Eine solche Rechtslehre könne nicht auf richtigem Wege sein, und die Regierung sollte sich doch wohl überlegen, die Richter vor solche Aufgaben zu stellen und sie damit zur Parteinahme in wirtschaftlichen Kämpfen zu zwingen. Entrüstete Zurufe lösten die Mitteilungen des Referenten aus, daß bei besonders schweren Fällen von Erpressung auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren erkannt werden könne. Bei Gefängnisstrafen, die bis zu 3 Jahren betragen können, ist die Ueberweisung ins Arbeitshaus möglich, und für besonders „Boshafte“ Entziehung des weichen Lagers und der warmen Kost. Organisierte Arbeiter würden sicher oft davon betroffen werden. Sodann zeigt der Redner die unheilvolle Wirkung des § 153 in juristischer und strafrechtlicher Beziehung. Auch die andern Bestimmungen des Entwurfs stehen, soweit sie sich gegen organisierte Arbeiter richten, dem nicht nach. Redner bezeichnet das seltsame Zuchthausgesetz als wahres Eldorado gegenüber dem vorgesehenen Strafgesetze. Die Arbeiter hätten ihren Kampf gegen die Beschneidung des Koalitionsrechts wider eine Welt von Feinden zu führen. — Heinemann wird die Redezeit ebenfalls verlängert. Unter Händeklatschen endet er sein über zweistündiges Referat, das als Agitationsbrochure gedruckt werden soll.

In der Debatte bringen noch einige Redner drastisches Material bei, in welcher schitanöser Weise die Arbeiter behandelt werden.

Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung.

Die Frage der Arbeitsvermittlung auf dem gewerkschaftlichen Arbeiterparlament zu behandeln, war notwendig, weil die Frage der staatlichen Arbeitslosenunterstützung öffentlich sehr stark erörtert wird, in den Gemeinden aber schon die kommunale Arbeitslosenunterstützung zur Einführung gelangt. Dann aber war es notwendig, die Frage der Arbeitsvermittlung zu behandeln, weil die Gewerkschaften ihre früheren Kongressbeschlüsse der jetzigen Zeit entsprechend einer kleinen Revision unterziehen mußten. Die Ansicht, daß die Arbeitsvermittlung ausschließliches Recht der Gewerkschaften sein müsse, wird heute durch die Einsicht abgelöst, daß paritätische Arbeitsnachweise geeignete Vermittlungsstellen sind.

Umbreit, der diese Fragen besonders studiert hat, referierte hierzu. In einer umfangreichen Denkschrift der Generalkommission für die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und der Bundesstaaten und für die Gemeindevertretungen ist ein reiches Material gesammelt und Stellung zu den schwebenden Fragen genommen. Der Staat habe die sittliche Pflicht — so meinte Umbreit — Millionen von Arbeitslosen mit ihren Familien nicht ohne materielle Hilfe zu lassen und besonders bei Massenarbeitslosigkeit in wirtschaftlichen Krisen nicht große Volksmassen in den Pauperismus versinken zu lassen. Die gewerkschaftlichen Unterstützungen, obgleich in hohem und steigendem Maße gewährt, können nicht als allgemein ausreichend erachtet werden, schon weil nicht alle Gewerkschaften Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben; das große Heer der Unorganisierten aber hat daran doch überhaupt keinen Anteil. An öffentlichen Arbeitslosigkeitsreformen ist aber bisher wenig geschehen. Die behördlichen Arbeitslosenzählungen sind in der jetzigen Form unzulänglich. Der Einwand aber, daß mit

einer staatlichen Subventionierung die Gewerkschaften gefördert werden, ist unzutreffend; unsere Arbeitslosenziffern geben nicht, wie von einer Seite behauptet, ein Klassenkampfbild, sondern sie geben die wirkliche Arbeitslosigkeit relativ richtig an. Für die öffentlichen Arbeitsnachweise genügen jedoch nicht, wie von anderer Seite gefordert, eine Kontrolle und Ueberwachung, sondern es müsse eine Vertretung der Arbeiter gefordert werden. Die von Umbreit vorgelegte Resolution wird eine Aufmunterung für unsere Gemeindevertreter sein, die Einführung kommunaler Arbeitslosenunterstützungen zu fördern, die Vorlagen aber genau zu prüfen.

In der Diskussion vertritt sich Dittmer vom Gemeindearbeiterverband durch die Vermittlung öffentlicher paritätischer Arbeitsnachweise ein zuverlässiges Pflegepersonal für die Krankenhäuser und Irrenanstalten.

Cohen warnt vor uneingeschränkter Anerkennung des Genter Systems, dem im allgemeinen nicht die Tendenz zuzuerkennen sei, die Selbstversicherung der Arbeiter zu fördern. Interessant war die Schilderung Kaiths-München, wie die Zentrumsvertreter und die christlichen Arbeiterführer in Bayern die Verpflichtung der Behörden zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung vom Landtag auf die Kommunen und von den Kommunen wieder auf den Landtag abzuwälzen suchen. Von der Denkschrift Umbreits wird gerühmt, daß sie Klarheit in diesen Fragen verbreite. Nach Schluß der Diskussion gelangt eine Resolution im Sinne des Referats zur Annahme.

Neuland betrat der Kongress sodann mit der Erörterung der

Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben und ihrer Organisationsbestrebungen. Der Referent Lange zeigte zunächst zahlenmäßig, in welchem Maße infolge der wachsenden Industrie sich die Zahl der Privatangestellten vergrößert habe; während ihre Zahl im Jahre 1882 erst eine halbe Million betragen habe, war sie im Jahre 1895 schon auf eine Million und 1907 auf rund zwei Millionen angewachsen. Unter Hinweis auf die niedrigen Löhne und die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Unternehmer, die vielfach noch die der Arbeiter übertriffe, forderte Lange die Angestellten auf, nicht in partitätisch mit den Unternehmern zusammengesetzten Vereinen ihre Interessen wahrzunehmen, auch nicht auf Staatshilfe zu rechnen, sondern zur Selbsthilfe zu schreiten. Unter Ausmerzung aller in ihren Reihen hervortretenden arbeiterfeindlichen Bestrebungen müßten ihre Organisationen sich an die der Arbeiter anlehnen, Angestellte und Arbeiter müßten sich zu gemeinsamem Schutz und Trutz verbinden.

Vertreter der Bureauangestellten und der Handlungsgehilfen zeigten, wie den Privatangestellten das Koalitionsrecht in gleichem Maße illusorisch gemacht wird wie den Arbeitern. Auch bei der gesetzlichen Sozialfürsorge finden ihre Wünsche nicht genügende Berücksichtigung. Robert Schmidt wies besonders darauf hin, daß je stärker die Organisation der Privatangestellten werde, um so mehr auch ihre Konflikte mit den Unternehmern zunehmen. Eine einheitliche Organisation sei daher notwendig, um die Forderungen der Privatangestellten vertreten zu können. Mit einem Schlußwort Langes wird dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Der letzte Verhandlungstag galt vornehmlich der Besprechung des Bildungs- und Bibliothekswesens in den Gewerkschaften.

Bei Eröffnung der Sitzung wurde bekannt gegeben, daß aus mehreren Berliner Druckereien gleichlautende Zuschriften an den Kongress gelangten, in denen angefragt wird, wie sich der Gewerkschaftskongress zu dem vom Tarifamt der Buchdrucker in Sachen des Konflikts der Maschinenmeister bei Scherl gefällten Schiedsspruch stellt. Der Kongress lehnt es durch Zustimmung zu einer Erklärung Legiens ab, sich in diese Sache des Buchdruckerverbands einzumischen; jedenfalls hätten sich erst die Organisationsinstanzen des Buchdruckerverbands damit zu beschäftigen.

In seinem Referat über die Bildungsbestrebungen stellt Sassenbach eine Reihe für Bibliothekare und Bildungsausschüsse beachtlicher Vorschläge auf. Die fortschreitende Arbeiterbewegung verlange in steigendem Maße tüchtige Kräfte, weshalb für die Durchbildung der Mitglieder Sorge getragen werden müsse. Redner empfiehlt weiter eine Zentralisation der verschiedenen Bibliotheken am Orte und die Ausgestaltung der Literaturbeilage des Korrespondenzblattes als Ratgeber für die Bibliothekare; neben Bücherbesprechungen sollten auch technische Anregungen für die Bibliothekare gegeben werden. In der Diskussion, in der auch Genosse Heinrich Schulz vom Bildungsausschuß spricht, werden die Ausführungen des Referenten unterstützt.

Es erfolgt die Wahl der Generalkommission. Die bisherigen Mitglieder der Generalkommission: Legien, Silber Schmidt, Bauer, Kube, Robert Schmidt, Cohen, Sassenbach, Hübsch, Sabbath, Schumann, Knoll und Döblin werden in der hier angegebenen Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen gewählt. Zwischen dem dreizehnten der Generalkommission bisher

angehörigen Mitglieder Dransel und dem Genossen Sasse muß eine Stichwahl stattfinden, da keiner von beiden die absolute Majorität erhält; Sasse wird schließlich gewählt.

Eine Resolution des Tabakarbeiterverbandes gelangt hierauf zur Annahme, die auffordert, Zigarren nur von tarifstreuen Firmen zu kaufen und die Tabakarbeiter in ihrem Kampfe gegen die Regierung zu unterstützen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Schliche hielt das Schlusswort. Vorweg erstattet Schliche den Dresdnern Dank ab für die wohlwollenden Arrangements, besonders die Elbfahrt würde bleibenden Eindruck auf die Delegierten behalten. Mit Handklatzungen wird der Ausspruch Schliches begleitet, daß gerade auf dieser Fahrt, die in gewissem Sinne eine Demonstration war, die Arbeitervereine der Elbstädte mit ihren Arrangements gezeigt hätten, daß Führer und Massen eins seien. Und lebhaft Zustimmung erfährt Schliches Aufforderung, die Arbeiter Preußens in ihrem Wahlkampfe zu unterstützen. Mit dreifachem Hoch auf die freien Gewerkschaften, in das die Delegierten begeistert einstimmen, wurde der Kongreß geschlossen.

Wir können mit dem Verlauf des Dresdner Kongresses voll und ganz zufrieden sein. Es wurde sehr fleißig gearbeitet und die Debatten waren äußerst sachlich. Kein verletzendes Wort fiel. Die Referenten beherrschten ihre Materien geradezu bewundernswürdig, da wurde kein Wort zu viel, aber auch keins zu wenig gesprochen. In intellektueller Beziehung steht dieser letzte Kongreß sicherlich am höchsten. Mit freudiger Genugtuung wurde es begrüßt, als Legien bei Eröffnung des Kongresses die enorme Mitgliederzunahme in den letzten 1 1/2 Jahren schilderte, und sicherlich wird alles getan, um neue Massen unserm Heereslager zuzuführen. — Die Gegner können nun unternehmen was sie wollen, die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen, das wird ihnen nicht gelingen. Die Reichsversicherungsordnung mit ihren Ungerechtigkeiten, der kommende Entwurf des Strafgesetzbuchs, sie schädigen die Arbeiterschaft ungemein, aber trotzdem kann uns die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht unmöglich gemacht werden. Wer auf dem Kongreß aufmerksam zuhörte, wird gefunden haben, welche Ansumme von geistigen Kräften in den Gewerkschaften steckt. Es kommt auch noch die Zeit — die kapitalistische Umwälzung sorgt ja am besten dafür, daß auch diese Kräfte einmal in den Dienst des Staates gestellt werden. Genau so, wie heute die gesamte Produktion nur durch das arbeitsfähige Proletariat herbeigeführt werden kann, genau so wird sich später die Arbeiterschaft auch die politische Macht im Staate erobern.

Die Dresdner Tagung hat auch das Selbstbewußtsein der deutschen Gewerkschaften wieder gesteigert, das zeigte ja der ganze Verlauf der Debatten. Der anwesende christliche Generalstabchef Stegerwald fand für seine jesuitischen Zwecke nur eine geringe Ausbeute. Wenn irgend ein Redner einen praktischen Wink in Bezug auf gewerkschaftliches und wirtschaftliches Leben gab, dann notierte dieser Zentrumsjüngling sehr fleißig, und er hat sicherlich seine Kenntnisse auf diesem Kongreß wieder um einige Grade bereichert.

Es stehen uns die Reichstagswahlen bevor. Die deutschen Gewerkschaften werden alles tun, um die Feinde der Arbeiterbewegung zu Fall zu bringen. Daß Zündstoff genug vorhanden ist, um die bürgerlichen Interessenpolitiker aus dem Reichstag hinausräuchern zu können, das hat der Dresdner Kongreß mit seinen oft erschütternden Szenen, wenn es sich um die Schilderung sozialer Elendsbilder handelte, drastisch gezeigt.

Der Streik der Steinarbeiter im Becketal bei Gummersbach.

Schon zehn Wochen dauert nun der Kampf der Steinarbeiter in den Pflastersteinbetrieben um die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Anerkennung eines Tarifvertrags. In den bürgerlichen Blättern findet man in der letzten Zeit verschiedene Berichte, die der Wahrheit nicht entsprechen und nur darauf berechnet sind, die öffentliche Meinung irre zu führen. Es wird da behauptet, die Forderungen der Arbeiter seien zu hoch; bei ihrer Bewilligung müßten die Firmen Bankrott machen usw. Dann fand man noch eine Notiz über schwere Ausschreitungen der Streikenden, wovon aber weder den streikenden Arbeitern noch der Polizei etwas bekannt ist. Von den Unternehmern wurden nun in der letzten Zeit verzweifelte Anstrengungen gemacht, um die so sehr nützlichen arbeitswilligen Elemente in Deutschland einzufangen. Verschiedene Agenten waren unterwegs, die aber kein greifbares Resultat brachten so daß schließlich der Herr P. W. Lenz, Geschäftsführer der Gummersbacher Grauwade-Steinbrüche, sich auf die Reise begab, um Arbeitswillige durch schöne Versprechungen anzuwerben. Als Zutreiber für die arbeitswilligen Elemente hatte er den Pflastersteinhauer Jakob Theobald aus Neunkirchen (Pfalz) gewonnen. Diesem ist es nun gelungen, acht Arbeitswillige einzufangen, und diese wurden dann per Gültgut nach Gummersbach befördert. Freubestrahlt wurden sie am Bahnhof von den beiden Herren Lenz und dem ersten Buchhalter, Herrn Rothstein, in Empfang genommen und in die Quartiere geleitet. Diesen Arbeitern wird nun für 100 Pflastersteine 50 Pfg. mehr bezahlt, und außerdem erhalten sie 75 Pfg. tägliche Kostvergütung.

Mit dieser Taktik glaubte Herr P. W. Lenz Uneinigkeit unter den im Streik befindlichen hervorzurufen. Er hoffte, daß dann die hiesigen Steinarbeiter wieder um Arbeit betteln würden, dann könne er die Bedingungen diktieren, und dadurch die Kosten für die so teuer und mit so vieler Mühe herangeholten Arbeitswilligen wieder herauszufinden. Aber Herr Lenz täuschte sich; durch solche Manöver lassen sich die Kollegen nicht einschüchtern, sondern sie sind entschlossen, den Kampf solange zu führen, bis ein Tarif abgeschlossen ist. Um die so nützlichen arbeitswilligen Elemente zu bekommen, hat Herr Lenz selbst den Beschluß des Westdeutschen Arbeitgeberverbandes für die Steinindustrie durchbrochen, indem er einem Betriebsunternehmer im Westerwalde Arbeiter abjagte. Aber Not lehrt beten, dachte Herr P. W. Lenz, denn er hatte mit dem ersten Trupp Arbeitswilliger, die aus Niederbayern waren, großes Pech gehabt, denn es waren keine Steinarbeiter, sondern landwirtschaftliche Arbeiter. Verschiedentlich machte er auch die Erfahrung, daß die herangeholten Arbeitswilligen, als sie von dem wahren Stande der Dinge unterrichtet wurden, wieder abreisten. Herr P. W. Lenz, der bisher über eine sehr robuste Gesundheit verfügte, scheint nun in der letzten Zeit nervös geworden zu sein, denn als er am Sonntag, den 25. Juni, die Arbeitswilligen in Frömmersbach in die Quartiere geleitete, und einige streikende Kollegen sich das Schauspiel betrachteten, schrie er sie an: „Belästigt ja die Leute nicht, sonst schlage ich euch die Mäuler platt und nagle euch an die Wand fest.“

Aus dieser überaus rohen Ausdrucksweise erhellt man, daß eine Nervenzerrüttung bei Herrn Lenz eingetreten sein muß. Am Dienstag, den 27. Juni, belästigte der Herr zwei streikende Kollegen in unerhörter Weise, er schimpfte wie ein Kohrschakal und trat den Arbeitern auf die Beine; als die Arbeiter sich das energisch verbat, da faßte er den einen Arbeiter an der Brust und schleuderte ihn wider das Holzgelenk, daß es knachte. Anzeige ist erstattet worden. Die dem Arbeiter drohte er dann noch weiter, wenn er ihn unter vier Augen beläme, dann würde er ihn hauen, daß er ohne Kopf herumlaufen müsse. Dabei ist Herr P. W. Lenz Mitglied der Stadtvertretung zu Gummersbach; bei seiner Wahl versprach er, stets mit seinen Arbeiterwählern in Verbindung zu bleiben, um auch deren Interesse in kräftiger Weise zu vertreten. Wie oft prahlte er damit, mit den Leitern der Sozialdemokratie zu Köln in Verbindung zu stehen. Es ist Herrn Lenz anzuraten, sich etwas anständigerer Manieren anzueignen, vielleicht kauft er sich einmal das Buch über den Umgang mit Menschen. Trotz aller Gegenmaßnahmen der Unternehmer halten die streikenden Arbeiter treu und einig aus bis zum Siege.

Die Bautätigkeit in deutschen Großstädten im Jahre 1910.

Das statistische Amt der Stadt Köln veröffentlicht wieder eine eingehende Uebersicht über die Bautätigkeit in den größeren deutschen Städten für 1910. Das Material hierzu wurde dem Amt von den beteiligten Städten resp. deren statistischen Beamten zur Verfügung gestellt. Berücksichtigt wurden diesmal 36 Städte mit zusammen 9,9 Millionen Einwohnern, gegen 35 Städte mit 9,4 Millionen Einwohnern im Vorjahre. In Zugang kamen Schöneberg und Stettin, in Abgang Danzig. Berlin ist in der Aufstellung nicht vorhanden.

Als Hauptergebnis stellt der Bericht einen seit dem Jahre 1904 zum erstenmal wieder eingetretenen stärkeren Aufschwung in der baulichen Entwicklung fest. Insgesamt wurden 9819 neue Wohnhäuser errichtet, das sind 9,92 auf je 10 000 Einwohner, gegenüber 8,01 im Vorjahre. Am lebhaftesten gestaltete sich die Bautätigkeit wie seit jeher in Bremen: es wurden dort auf je 10 000 Einwohner 51,02 neue Häuser vollendet. Es folgt Essen mit 27,32, Duisburg mit 18,11, Düsseldorf mit 17,13, Mannheim mit 16,96, Hamburg mit 16,03. Am geringsten war die Bautätigkeit in Elberfeld, wo nur 2,96, in Dresden, wo 2,86 und in Stettin, wo 1,61 neue Wohnhäuser auf je 10 000 Einwohner errichtet wurden.

In einer ganz andern Reihenfolge marschieren die Städte auf, wenn man dem Vergleich nicht die Zahl der Wohnhäuser, sondern die der Wohnungen zugrunde legt. Zählt man zu der Zahl der in Neubauten errichteten Wohnungen die durch An-, Auf- und Umbau in alten Häusern gewonnenen und bringt hiervon die Zahl der durch Umbauten und Wiedererhebungen verlorenen Wohnungen in Abzug, so ergibt sich ein Reingewinn an Wohnungen in allen 36 Städten von 65 708 oder 69 auf je 10 000 Einwohner. Den ersten Platz nimmt nunmehr Charlottenburg ein mit einem Reingewinn von 226 Wohnungen auf 10 000 Einwohner, den zweiten Hamburg mit 171, den dritten Schöneberg mit 109, den vierten Chemnitz mit 99 Wohnungen. Den Schluß der Reihe bilden Königsberg i. Pr., das die Zahl seiner Wohnungen pro 10 000 Einwohner nur um 19, Kassel, das sie um 18, Stettin, das sie um 8, und Elberfeld, das sie um 6 vermehrte.

Diese Differenz in den beiden Vergleichsreihen hat ihre naturgemäße Ursache in der verschiedenen Größe der in den einzelnen Städten gebauten Wohnhäuser. In Bremen z. B. ist immer noch das Einfamilienhaus das typische Wohngebäude; es kamen dort 2,8 Wohnungen durchschnittlich auf ein Wohnhaus. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Straßburg, wo 2,99, in Elberfeld, wo 3,38 Wohnungen auf ein Wohngebäude kommen. Den Gegenpol bilden Hamburg, Schöneberg und Charlottenburg, wo die Mietskasernen dominiert und 11,9, 18, 6 und 24,8 Wohnungen in einem Gebäude durchschnittlich untergebracht sind.

Die Zahl der von gemeinnütziger Seite errichteten Wohnhäuser stellte sich im Berichtsjahre auf 417, das sind 4,25 Prozent der überhaupt errichteten Häuser. In diesen Häusern waren 3458 Wohnungen enthalten oder 4,71 des gesamten Zuganges an Wohnungen. Im Vorjahre waren die Prozentziffern etwas höher, nämlich 4,72 und 4,87. Unter den von gemeinnütziger Seite errichteten Häusern befanden sich 301 Arbeiterhäuser mit 2507 Wohnungen und 116 Beamtenwohnhäuser mit 951 Wohnungen. Die meisten Arbeiterwohnungen entstanden in Hamburg (404 größtenteils von der „Produktion“ errichtet), sodann in München (396), Königsberg (261) und Frankfurt a. M. (262).

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.

In Nr. 13 des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ ist der Bericht über die Entwicklung und den Stand der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1910 enthalten. Dieser Bericht kann als eine Ergänzung des in Nr. 6 des „Zentralblattes“ gegebenen Jahresberichts des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften gelten. Was der Ausschuss der Mitwelt damals zu erzählen hatte, ist seinerzeit lebhaft in der Arbeiterpresse kommentiert worden.

In Nr. 6 des „Zentralblattes“ war auf die günstige Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 und 1911 hingewiesen worden, und der jetzige Bericht bestätigt nochmals den günstigen Stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Herr Adam Stegerwald, der Verfasser beider Berichte, dürfte mit zwei nassen Augen bei der Arbeit gefesselt haben, schon aus dem Grunde, als selbst bescheidene Menschen als Frucht 17jähriger Agitation sich einen andern Stand der christlichen Gewerkschaften gedacht und erräumt haben, als wie er heute ist. Was sind 350 000 Gewerkschaftsmitglieder, wenn wir alle die Hilfs- und Unterstützungsmittel ins Auge fassen, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Seite stehen. Von den Regierungstätigen aus bis zu den Reichstägeln hin erstreckt sich der Agitationsboden der Christen. Fast überall gehäufelt und gepöppelt, haben die Zentrumschriften für ihre Agitation völlige Elbogenfreiheit, wie sie keine andre Arbeiterbewegung aufweisen kann. Starke Parteigruppen mit Millionen Anhängern protegieren die christlichen Organisationen, weil sie in ihnen ein Bollwerk gegen die Flut der sozialistischen Arbeiterbewegung sehen. Daß das letzte nun nicht ist und daß die Christen sicher auch keine Ursache haben, zukunftsfröhlich das hohe Noß zu reiten, werden wir gleich sehen, sobald wir einen Vergleich ziehen zwischen dem Stand der christlichen und dem der freien Gewerkschaften.

Es betrug die Mitgliederzahl in den

	freien Gewerkschaften	christlichen Gewerkschaften
Ende 1909	1 892 568	280 061
1910	2 128 021	316 115
Mitte Juni 1911	2 276 395	340—350 000

Nehmen wir für Juni 1911 bei den christlichen Gewerkschaften die Mitgliederzahl von 345 000 an, so betrug die Steigerung an Mitgliedern gegen Ende 1909 bei den

	freien Gewerkschaften	christlichen Gewerkschaften
Ende 1910 mehr	236 453	36 054
Juni 1911	383 827	64 939

Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl bei den

	freien Gewerkschaften	christlichen Gewerkschaften
1909	1 832 667	270 751
1910	2 017 013	295 129
Mehr	184 346	24 378

Aus den obigen Zahlen ersehen wir, daß in kaum 1 1/2 Jahren die freien Gewerkschaften um 383 827, d. i. um 38 827 mehr Mitglieder zunahm als die christlichen Gewerkschaften überhaupt in 17 Jahren ihres Bestehens an Mitgliedern um ihre Fahne sammeln konnten! Diese Feststellung muß schwer auf das Gemüt des sonst nicht so bescheidenen Christengenerals Stegerwald drücken. Und wer weiß, wie die christlichen Gewerkschaften heute dastünden, wenn nicht Angst und bloße Furcht vor dem riesigen Anschwollen der sozialistischen Arbeiterbewegung eine geradezu wahnwichtige wie eifrige Tätigkeit für die christliche Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen hätte. Es liegt nicht an der Arbeit der christlichen Gewerkschaftsführer und ihrem nie rastenden Bestand, wenn nicht mehr aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung geworden ist; nicht das Bollwerk, das die sozialdemokratische Hochflut zurückdämmt. Die Christen haben sich gründlich gequält, haben gedroht, gehegt und gelogen, was das Zeug hielt, sie haben ihre Taktik einmal hott und dann wieder hü gehen lassen. Und nun als Erfolg diese paar Hunderttausend Mitglieder! Vielleicht liegt es gar daran, daß von den christlichen Gewerkschaftsführern und ihren Sönnern zu viel des Guten getan worden ist in der Agitation um die christlichen Gewerkschaften. Das ist schon anzunehmen. Die Infamie, die in der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften steckt, hat selbst sehr viele christliche Arbeiter abgehalten, sich in den christlichen Gewerkschaften zu organisieren. Erhebt doch das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine: „Der Arbeiter“ in seiner Nummer vom 29. Juni 1911 große Beklagen, daß so viele Hunderte und Tausende christliche Arbeiter in den freien Gewerkschaften sind, Das katholische Organ schreibt,

„daß sowohl in Württemberg wie im ganzen Deutschen Reich die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen ist, daß heutzutage mehr katholische Arbeiter, ja man darf sagen, doppelt so viele, den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören wie den christlichen Berufsverbänden. Unter den mindestens 600 000 katholischen Arbeitern in den sozialistischen Gewerkschaften finden mindestens 200 000, die für die christlichen Gewerkschaften hätten gewonnen werden können, wenn man überall mit Verständnis, Liebe und Opferbereitschaft für die Stärkung und Ausbreitung der christlichen Berufsverbände eingetreten wäre.“

Was in diesen Darlegungen festgestellt wird, haben wir schon vor Jahren gesagt. In den freien Gewerkschaften gibt es mehr Arbeiter, die religiös denken und ihren religiösen Pflichten nachkommen, als in den christlichen Gewerkschaften überhaupt Mitglieder vorhanden sind. Das hat man uns nicht glauben wollen, jetzt wird es durch ein katholisches Arbeiterorgan bestätigt. Mit Verständnis und Liebe bei der Agitationsarbeit wäre man weitergekommen! Wir können das nicht wissen. Aber was wir wissen, ist, daß der Mißerfolg der christlichen Gewerkschaftsbewegung und die Tatsache, daß Hunderttausende Katholiken sich lieber den freien Gewerkschaften anschließen als den christlichen, in der infamen Art und Weise, wie die Christenorgane und Christenführer ihre Agitation betreiben und in der zweideutigen Art, wie sie die Interessen der Arbeiter vertreten, liegt. Mit Recht schrieb ein katholisches Organ in Bothingen seinerzeit, daß man die christlich-gewerkschaftlichen Agitationschriften nur noch mit der Zange anfassen kann. Wer ein abschreckendes Beispiel haben will, wie eine Verheerung für Organisationen nicht vor sich gehen soll, nehme den „Bergrappen“, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, die „Baugewerkschaft“ und andre gleich tiefstehende christliche Organe zur Hand. Persönliche Ehrabwürdigungen, Denunziationen, wider besseres Wissen aus den Fingern gesogene Behauptungen, dann die volkstümliche Arbeitervertretung, das Kabubdeln vor den Unternehmern, die Handlangerdienste, die den Zöllnern und Bucherern geleistet werden, die Verteidigung des Streikbruchs, das alles sind Dinge, die den gesund denkenden Menschen von den christlichen Gewerkschaften abstoßen. Wer auf wirklich religiöse Grundsätze noch etwas hält, flieht meist in die freien Gewerkschaften oder organisiert sich überhaupt nicht. — Leider! — Herr Stegerwald hat sehr oft das Wort von der Gewerkschaftsverelendung gebraucht. Wo diese Gewerkschaftsverelendung getrieben wird, mag sich der Herr abmählen an den Zahlen, die die Entwicklung der Gewerkschaftsrichtungen zeigen. Wer die freien Gewerkschaften so bekämpft wie die christlichen Gewerkschaften, der bekämpft die Interessen der Arbeiter, der betreibt Gewerkschaftsverelendung im höchsten Maße. Das mögen doch endlich die christlichen Heerführer ein für allemal verstehen lernen.

Christliche Gewerkschaftsorgane haben nun auch oft genug wiederholt, daß, wenn man die christliche Gewerkschaftsbewegung beurteilen wolle, man die Mitgliederzahlen wägen, nicht zählen solle! Das heißt soviel, das Gesetz der großen Zahlen hat keine Geltung, die Kraft einer Bewegung liegt in der Bewegung als solche oder in dem Wert der Persönlichkeiten und wie man sich sonst ausdrückt. Halten wir die christlichen Gewerkschaftsführer beim Wort.

Wie das katholische Vereinsorgan der süddeutschen Arbeiter uns in seiner letzten Nummer mitteilt, sind z. B. den christlichen Gewerkschaften heute 60 000 Staatsarbeiter angeschlossen. Diese christlichen Staatsarbeiterorganisationen sind alles andre, nur keine gewerkschaftliche Kampfsorganisation. Das zeigt ganz besonders die Abrechnungstabelle, die dem Jahresbericht über den Stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung im „Zentralblatt“ beigelegt ist. So hat der bayrische Eisenbahnerverband mit rund 28 000 Mitgliedern für Streik-, Gemahregelten- sowie für Arbeitslosenunterstützung, die hauptsächlichsten Unterstützungszweige von Gewerkschaftsorganisationen, keinen Pfennig ausgegeben! Der christliche (Elberfelder) Verband der norddeutschen Eisenbahner, der 1910 rund 16 000 Mitglieder zählte, hat 1910 nur Sterbegeld und Rechtschutz gewährt in Höhe von rund 4800 Mark! Das war alles, was die Mitglieder, außer der Zeitung, in dieser Organisation erhielten! — Der Württembergische Eisenbahnerverband mit 2217 Mitgliedern hatte 498 Mk. für Rechtschutz und 100 Mark für sonstige Unterstützungen an seine Mitglieder ausgegeben! — Der Verband der Telegraphenarbeiter zahlte nur Sterbegeld und Krankengelder aus! So sieht die christliche Besserung aus! Wie sagt man: Man soll die Mitglieder wägen, nicht zählen! Das ist nun zum Teil geschehen und das Ergebnis? Gibt es ein nützlicheres Gewerkschaftsbild, als wir es von diesen 60 000 Staatsarbeitern gezeichnet haben? Diese Eisenbahnerorganisationen haben in ihrer Tätigkeit vieles gemein mit Kriegervereinen, aber nur wenig mit Gewerkschaften. Im übrigen haben ja auch die christlichen Gewerkschaftsführer dafür gesorgt, daß die christlichen Eisenbahnerorganisationen sich nicht an die Lösung wirklicher gewerkschaftlicher Aufgaben heranwagen dürfen. Das Recht, ernstlich zu fordern, mit Streik zu drohen oder sonstwie ernsthafte, gewerkschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, haben die christlichen Gewerkschaftsführer für ihren Eisenbahneranhang verweigert. Wer also die Zahl der wirklich gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften zählen will, muß an den 60 000 christlich organisierten Staatsarbeitern vorübergehen. Das sind keine Gewerkschaftler, das ist Zahl en v a l l a s t, den die christliche Gewerkschaftsbewegung nachschleppt, um nach außen hin etwas zu scheinen.

Dann kommt hinzu, daß eine ganze Reihe christlicher Verbände so wenig Mitglieder in ihren Berufen organisierten, daß

ne für die Vertretung der Berufsinteressen sozusagen vollständig auscheiden. Wer wagen will, muß auch das ins Auge fassen. Aber noch verstanden sich die christlichen Gewerkschaften hinter andern Argumenten, um mehr zu scheinen als sie sind. Sie weisen darauf hin, daß bei den christlichen Gewerkschaften der Vermögensanteil hier und da auch die Ein- und Ausgaben pro Kopf der Mitglieder höher sind als in den freien Gewerkschaften. Es ist noch nicht lange her, da machte sich a. B. das christliche Metallarbeiterorgan über den deutschen Metallarbeiterverband lustig. Dieser sei im Gegensatz zu dem christlichen Metallarbeiterverband unfähig, eine wirkliche Kampforganisation zu sein usw.! Die „Christliche Holzarbeiterzeitung“ pries ihren Verband gleichfalls als die stärkste und leistungsfähigste Organisation im Holzgewerbe! Und so geht es fort. An Bescheidenheit franken die Christen nicht. Daher ist es nötig, auch einmal festzustellen, wie sich pro Kopf der Gewerkschaftsmitglieder das Finanzgebaren der beiden Gewerkschaftsrichtungen äußert. Es hatten 1910 pro Mitglied

	Freie Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften
Einnahmen	31.49 Mk.	19.94 Mk.
Ausgaben	28.72 "	16.06 "
Vermögensbestand	26.07 "	20.72 "

Wir haben also auch hier gewogen und sind die christlichen Gewerkschaften zu leicht befunden worden. Ihre gesamten 345 000 Mitglieder sind gewerkschaftlich nicht mehr an Bedeutung als 200 000 freierorganisierte Arbeiter an dem finanziellen gewerkschaftlichen Maßstab gemessen. Was die freien Gewerkschaften gegenüber den christlichen sind, erweist sich auch noch daraus, daß sie im Jahre 1910 für Kämpfe und Ausperrungen 19 068 972 Mark ausgaben, die Christen 1 229 500 Mark. Hier ist aber die Unterstützung für Gemahregelte mit einbezogen. Was die freien Gewerkschaften 1910 für die Gemahregelten ausgaben, ist noch nicht veröffentlicht, aber die Summe hierfür dürfte so hoch sein, als die christlichen Gewerkschaften für Kampfeswende überhaupt ausgegeben haben. Die gleiche Wirkung wie diese Gegenüberstellung würde auch der Vergleich der sonstigen Unterstützungen an Mitglieder in beiden Verbänden bringen. Seit 1900 haben die freien Gewerkschaften allein für Arbeitslose 45 768 718 Mark ausgegeben, eine gewaltige Summe! Die Menschenliebe, die Befundung der Solidarität für Mittellose, wie sie sich in solchen Zahlen ausdrückt, hält die sogenannten Christen nicht ab, sich mit Bosheiten und Verleumdungen auf die freien Gewerkschaften zu stürzen. Und da wundert man sich noch, daß so viele tief religiös denkende Menschen die christlichen Gewerkschaften meiden und Zuflucht in den freien Gewerkschaften suchen!

Als Deckel zum Ganzen seien noch einige Schlussfakten hier wiedergegeben. Es hatten 1910 in Mark:

	Freie Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften
Gesamteinnahmen	64 372 176	5 490 994
Ausgaben	57 926 566	4 916 270
Vermögensbestand	52 575 505	6 113 710

Solche Zahlen reden für sich. Sie zeigen, daß die deutschen Arbeiter, wenn sie sich organisieren, die Stiefelputzer der Reaktion als ihre Vertretung ablehnen.

Müßsam klammert die christliche Gewerkschaftsbewegung aufwärts, ohnmächtig, das zu sein und jemals zu werden, für was sie bei ihrer Gründung ausersahen war. Sie sollte die sozialistische Arbeitervertretung niederwerfen. Das ist der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht gegliedert. Und zu dieser Ohnmacht wird sie für alle Zeit verdammt sein.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Am 1. Juli war der 26. Wochenbeitrag fällig. Die Zahlstellenverwaltungen werden nun dringendst ersucht, sofort die Abrechnung vom II. Quartal zu machen. Wegen Beitragsrückständen darf die Abrechnung auf keinen Fall verzögert werden. Bis spätestens am 15. Juli müssen wir im Besitz sämtlicher Abrechnungen und den dazu gehörigen Geldern sein, damit auch die Hauptkassé Abschluß machen kann.

Korrespondenzen.

Bauzen. Die Firma Berndt Söhne in Sendau bei Bauzen sucht unangesehnt Arbeiter in hiesigen bürgerlichen Zeitungen. Es scheinen sich aber trotz der vielen Inserate wenig Steinarbeiter zu finden. Die Firma ist in hiesiger Gegend bekannt durch ihre vielen Gewerbebetriebsstellen. Arbeiter werden hier immer eingestellt, aber ob dieselben was verdienen, darum kümmert sich die Betriebsleitung weniger. Es mangelt hier meistens an losem und ganzem Steinmaterial und eine Vergütung für schlechtes, flüchtiges oder vom Schiefen zer Sprengtes Material gibt es nicht. Die Arbeiter sind deshalb gezwungen, das Arbeitsverhältnis wieder zu lösen, da sie mit den verdienten Löhnen nicht auskommen können. Den Kollegen wird deshalb geraten, keinen Bezug auf die Arbeitsangebote der Firma Berndt Söhne zu nehmen, um vor unliebamen Enttäuschungen bewahrt zu bleiben. Würde die Firma Sorge dafür tragen, daß ein jeder dort beschäftigte Arbeiter einen halbwegs auskömmlichen Lohn verdienen würde, dann bräuhete sie nicht das viele Geld für die Inserate auszuwerfen.

Bunzlau. Am 21. Juni tagte im Gasthof zur Hoffnung eine Steinarbeiterversammlung. Leider war der Besuch nicht ein solcher, wie er von einer Zahlstelle wie Bunzlau sein müßte. Viele Kollegen hatten so durch ihr Fernbleiben ihre Interesselosigkeit bekundet. Im 1. Punkt der Tagesordnung wurden die Kollegen Haberland und Kiewald zur Ausarbeitung der diesjährigen Statistikk gewählt. Hiernach gibt Kollege Richter Bericht von der letzten Kartellführung, ferner gibt er bekannt, daß sich drei Kollegen weigern, den erhöhten Verbandsbeitrag zu zahlen. Da sich eine Zahlstelle nicht nach drei Mann richten kann, sieht sich die Verwaltung genötigt, selbige nach Ablauf der statutenmäßigen Zeit zu streichen. Im weiteren wurde zur Sprache gebracht, daß Herr Steinmetzmeister Anders jetzt zugereisten Kollegen einen Stundenlohn von 60 bis 65 Pfg. gezahlt hat. Herr Anders scheint wahrscheinlich vergessen zu haben, daß er auch den hier bestehenden Lohnvertrag mit unterschrieben hat. Zum Schluß wurde ein Schreiben der Reichenbacher Kollegen verlesen. In der nächsten Versammlung soll weiter darüber gesprochen werden.

Darmstadt. Am 18. Juni fand in Sundernhäusen die Monatsversammlung der Steinbrucharbeiter, die sich der Zahlstelle Darmstadt angeschlossen haben, statt. Als Referent war Gauleiter S a r f e r t erschienen, der einen schönen Vortrag über „Die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation“ hielt, der ihm mit reichem Beifall belohnt wurde. Bei seinen Ausführungen wies er besonders auf die Bundesratsverordnung hin, daß sie so wenig von den Arbeitgebern beachtet würde. Auch legte er klar, was uns das neue Krankenversicherungsgesetz Gutes und Schlechtes gebracht hat oder noch bringen wird. Unter Allgemeinen Angelegenheiten wurden verschiedene Mißstände in dem Steinbruch Kollberg gerügt und wie dem abzuhelfen sei. Es mußte den Kollegen aber gesagt werden, daß, wenn sie erst eine längere Zeit organisiert seien, es ein Leichtes sei, wenigstens einen Teil der Mißstände zu heben.

Demig-Humitz. In der Nr. 25 des „Steinarbeiter“ läßt die Firma Holzamer u. Bauer berichten, daß sich der vor einigen

Wochen geschlossene Unfall durch die Unachtsamkeit des betreffenden Arbeiters ereignet hat. Da diese Verhütung den Tatsachen nicht entspricht, aber geeignet ist, auf den betreffenden Arbeiter ein fallendes Licht zu werfen, soll im Nachstehenden der Vorfall nochmals kurz geschildert sein, da wir annehmen, daß die Firma über den Unfall vom Bruchmeister falsch unterrichtet worden ist. Dem Arbeiter Förster, welchem damals der Unfall zugefallen war, ist nicht im geringsten der Vorwurf der Unachtsamkeit zu machen. Förster war unweit des Hundes, auf welchem der Stein abgesetzt worden war, in knieender Stellung an einem Quader beschäftigt, ohne zu wissen, daß der Motorführer zurückfahren will. In dem Augenblick, als ihm die Warnungsrufe der übrigen Arbeiter zuzugingen, erhob sich Förster sofort aus seiner knieenden Stellung, um zur Seite zu springen. Leider war es aber schon zu spät, und so wurde er von dem mit fortgerissenen Stein erfaßt, ohne daß es ihm möglich war, sich in Eiderheit zu bringen. Daß die Firma bestrebt ist, den Alkoholgenuß einzudämmen, billigen auch wir, möchten aber hervorheben, daß dies auf den verunglückten Arbeiter nicht bezogen werden kann, da gerade Förster zu den Arbeitern gehört, die am wenigsten Alkohol genossen und als ein nüchternen Arbeiter unter seinen Kollegen bekannt ist, was auch der Firma nicht ganz unbekannt sein dürfte.

Fechenbach a. M. Im Frühjahr dieses Jahres wurde von der Gauleitung und von der Tarifkommission der Steinarbeiter des Maintals ein Tarif auf Flächen- und Gliederberechnung aufgestellt. Der Tarif wurde nun am 20. März d. J. vom Steinarbeiterverband Deutschlands und von der christlichen Organisation an die Unternehmer des Maintals eingereicht. Er sollte sich über das ganze Maintal von Elmham bis Achaffenburg und einen Teil von Baden erstrecken. Die Unternehmer nahmen nun am 19. April in Miltenberg in einer Versammlung hierzu Stellung und lehnten den Tarif ab. Sie verfaßten eine Resolution, wonach der Tarif vernichtet auf die Steinindustrie des ganzen Maintals wirke. Sie setzten sodann unsere Verbandsleitung in Kenntnis, daß sie eine Kommission gewählt hätten, die nun einen neuen Tarif ausarbeiten würde und dieser bis 1. Juni in unsern Händen wäre. Dieses rief unter den Steinmessen eine gewisse Beunruhigung hervor, und es wurde sodann am 23. April auf einer Konferenz in Miltenberg hierzu Stellung genommen. Es waren sich sämtliche Delegierte darüber einig, daß dies eine Verschleppung der ganzen Bewegung bedeute und wurde beschlossen, daß der Tarif bis längstens 15. Mai in unsern Händen sein müsse. Dies wurde nun den Unternehmern mitgeteilt. Der Tarif lief dann Anfang Juni bei uns ein. In dem Tarif sind enthalten: Gewende, Bänke, Gurtgestirne, Dedgestirne, Statensockel, Blendung und Stufen, alles pro laufende Meter. Weiter sind enthalten Gossensteine pro Quadratmeter, Unterlagsquader pro Kubikmeter. Alle weiteren in dem Tarif nicht enthaltenen Arbeiten sollten der freien Vereinbarung überlassen bleiben. Auf Grund dieser Vorlage tagte am Pfingstmontag eine weitere Sitzung unserer Lohnkommission, die sobald als möglich Unterhandlungen wünschte. Am 19. und 20. Juni fanden nun endlich in Würzburg die Unterhandlungen statt. Unsere Kommission verhandelte nun, auf unsern eingereichten Tarif verhandelnd zu können, was von den Unternehmern abgelehnt wurde, die erklärten, sie seien mit gebundenem Mandat hierher gekommen. Es wurde nun nach dem Laufenden-Meter-Tarif verhandelt. Unsere Kommission erreichte mit großer Mühe auf einige Positionen Zugewinn. Ein bestimmter Tag- oder Stundenlohn konnte in dem Tarif nicht festgelegt werden. Dies scheiterte an der Halsstarrigkeit der Unternehmer. Einige Unternehmervertreter meinten, ein guter Steinmessen soll pro Stunde 45 Pfg. verdienen. Da bei der ganzen Sache für die Kollegen nicht viel herauszuholen war, erklärten die Arbeitervertreter die Annahme des Tarifs den Mitgliedern zu überlassen. Im 21. Juni tagte nun in Fechenbach eine Bezirksversammlung für die Orte Reichenhausen, Fechenbach, Dorfprozelten, Stadtprozelten und Wonsfeld. Die Lohnkommission erstattete Bericht über die Verhandlungen. In heftiger Debatte wurde zum Ausdruck gebracht, daß das ganze Zugeständnis unannehmbar für die Arbeiter des Maintals sei und lehnte die Versammlung das Angebot einstimmig mit den anwesenden christlich organisierten Kollegen ab. Nach heftiger Debatte wurde einstimmig beschlossen, die Arbeit sofort ruhen zu lassen und in den Streik zu treten. Es ruht deshalb im Maintalsteingebiet die Arbeit.

Gotha. Am 18. Juni fand in Seeburg eine Bezirksversammlung statt, welche gut besucht war. Betreten waren die Orte Erfurt, Seeburg und Gotha. Kollege Koch hielt zunächst einen Vortrag über Sozialdemokratie und Volkserziehung. Redner verstand es, die Anwesenden in markanten Worten an sich zu fesseln. Besonders unsere heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung wurde ins richtige Licht gestellt und betont, daß dieselbe für alles andre sorgt, nur nicht für eine gute Volkserziehung. Weiter wurde die Finanzreform gestreift und betont, daß die Vorkultierung des Brauntweins als ein Kulturwerk bezeichnet werden muß. Ebenfalls die Reichsversicherungsordnung wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es sei deshalb notwendig, daß die Arbeiterschaft nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisiert sein muß; denn was hilft es, wenn wir uns auf der einen Seite durch unsere gewerkschaftliche Organisation Lohn-erhöhungen erringen, während auf der andern Seite durch direkte und indirekte Steuern diese Errungenschaften wieder illusorisch gemacht werden. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine meisterhaften Ausführungen. Als Bezirksleiter wurde Kollege Koch, als Bezirkschriftführer Kollege Beißt gewählt. Die Bezirksversammlungen sollen vierteljährlich in Seeburg stattfinden, und ist es Pflicht aller Kollegen, vollständig daran teilzunehmen. Trotzdem ein Bezirksrat besteht, können es die Herren Unternehmer nicht unterlassen, denselben eigentümlich auszulügen. An den Kollegen wird es liegen, durch geschlossene Einigkeit ihre errungenen Positionen hochzuhalten. Ferner wurde beschlossen, ein Sommervergnügen sobald als möglich in Seeburg stattfinden zu lassen. Nach einem kräftigen Schlussswort des Kollegen Reisinger, das Gehörte auch zu beherzigen, wurde die anregende Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter geschlossen.

Kappelrodeck. Am 25. Juni tagte in Kappelrodeck im Gasthaus zum Redhof eine Steinarbeiterversammlung. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wurde ein Schreiben verlesen, welches von den Reichenbacher Kollegen kam. Es wurde beschlossen, eine Sammlung vorzunehmen. Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten und als 1. Punkt war Neuwahl der Vorstandschäft, da sämtliche Funktionäre erklärten, ihr Amt niederzulegen. Der erste und zweite Vorsitzende konnten nicht rechtsgültig gewählt werden, da viele Vertreter nicht vertreten waren. Kassierer Steiger erklärte, sein Amt niederzulegen wegen eines Artikels, welcher im „Steinarbeiter“ unter der Rubrik: Zentralvorstandsbekanntmachungen gestanden hätte. Er erklärte, die beiden Vorsitzenden hätten gesagt, dem Kollegen könne man die 69 Erwerbslosenmarken geben, denn der Betreffende sei zu Hause gewesen bei den Eltern. Er wolle ein Zeugnis bringen von seiner Ortsbehörde und so habe er die Marken gegen seinen Willen geklebt. Wenn der betreffende Kollege angibt, 69 Wochen bei seinen Eltern als Arbeitsloser gewesen zu sein, so trug eine solche Behauptung von vornherein den Stempel der Unwahrheit an sich. Unter allen Umständen mußte das Kleben von 69 Erwerbslosenmarken verhindert werden. (Red.) Die andern Wahlen wurden erledigt. Als Schriftführer fungierten Reitberger und Montini, als Kassierer Buchner und Kuske, als Revisorin Ertl und Meitrie. Als 2. Punkt war die Bekanntgabe des Trierberger Tarifs vorgesehen. Dieser schließt sich dem Kappelrodecker bis auf einige Positionen an. Im Punkt Verschiedenes wurde daran

verlesen, die Statistiken auszufüllen und bei der nächsten Versammlung abzugeben. Mit dem Hinweis auf die Arbeiterpreise, diese fleißig zu lesen und zu abonnieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Samburg I. Unsere Mitgliederversammlung tagte am 30. Juni im Restaurant Borwärts. Aufgenommen wurde ein Kollege. Beim 1. Punkt: Tarif, erstattete die Kommission das Resultat der neueren Verhandlungen seitens der Unternehmer. Betreffs der Forderung: Garantierung des Stundenlohns im Afford, seien die Unternehmer nicht zu bewegen. In einer der stattgehabten Sitzungen wurde von Herrn Norden erklärt, dieses nicht bewilligen zu können, weil dadurch der allgemeine Tagelohn anerkannt sei und vom Baugewerbeverband diese Forderung als Prämie auf die Faulheit betrachtet würde. Unsere Kollegen weisen derartige heileibigende Ausführungen ganz entschieden zurück. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Forderung: Garantierung des Stundenlohns im Afford, hochzuhalten. Dieses wurde als ganz minimale Forderung dadurch betrachtet, weil im Durchschnitt nur 5 Prozent der Kollegen im Afford arbeiten. Auch bei fast allen hiesigen Gewerkschaften ist ein derartiger Passus im Tarif vorhanden. Als Statistiker wurde Kollege Heinrich gewählt. Ein Beschluß vom 20. Januar, Kunststeinarbeiten nur im Tagelohn auszuführen, wurde aus besonderen Gründen aufgehoben. Da in letzter Zeit bei einer hiesigen Firma nur letzte Kollegen eingestellt, hiesige Verheiratete aber zurückgewiesen wurden, wurde der Wunsch geäußert, in dieser Richtung und mit Rücksicht auf die betreffenden Familien Milderung eintreten zu lassen. Ferner diene den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß unsere Lohnbewegung noch nicht abgeschlossen ist. Das Gerücht über die Kollegen Toboro und Lucken bezeichnen dieselben als unwahr und warnen vor Weiterbreitung.

Rühberg. Recht unerträgliche Zustände herrschen zurzeit auf dem Werkplatz Pfister. Die schon vor etlichen Wochen einmal im „Steinarbeiter“ veröffentlicht wurde, so ist es jetzt wiederholt vorgekommen, daß sich die Kollegen beim Freischlagen wieder einen halben Tag herumtreiben und als abends noch keine Einigung erzielt war, wiederholt ohne Geld nach Hause mußten. Auch wurde auf dem Werkplatz Kiesel für den Quadratmeter glatte Quader 7.80 Mk. bezahlt und 14 Tage später gab es bloß noch 6 Mk. Ein energisches Eingreifen unserer Kollegen war auf diesem Platz durch das unkollegiale Verhalten mehrerer Unorganisierter nicht möglich. Pflicht aller organisierten Kollegen unserer Zahlstelle ist es, ihre bisherige Gleichgültigkeit abzulegen und durch unermüdbare Agitation auch den letzten Indifferenten unserm Verbandsbezug zu führen, denn nur dann wird es uns möglich sein, solche Mißstände zu beseitigen und bessere Verhältnisse zu schaffen.

Rottenheim bei Magy. In einer am 24. Juni stattgefundenen Versammlung war als Referent der Gauleiter Kollege Herrmann erschienen. Sein Thema lautete: Die Aufgaben und Ziele des deutschen Steinarbeiterverbandes. In klarer, leicht faßlicher Weise schilderte er den Kollegen die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Er erklärte dann den Kollegen einzelne Abschnitte des Statuts und gab dann noch eine Uebersicht über die Gesamtleistungen des Verbandes. Auch ermahnte er die Kollegen zum eifrigen Studium der Fachpresse. Zum Schluß seines Vortrages forderte er die fernstehenden Kollegen auf, sich dem Verbandsbezug anzuschließen. Erfreulicherweise setzte eine recht lebhaft Diskussion ein, die Redner waren mit den Ausführungen des Kollegen Herrmann völlig einverstanden, auch wurden die Differenzen, welche bei der Firma Käs entstanden, und zu einer Kündigung seitens der Kollegen geführt haben, eingehend besprochen. Die Kollegen, die in Afford arbeiten, müssen laut Tarif ohne Bezahlung die Steine laden. Als die Kollegen nach Ansicht des Unternehmers nicht schnell genug zum Aufladen kamen, gab es Vorwürfe, die zuletzt zu einer Kündigung der dort arbeitenden und im christlichen Verbandsorganisierten Kollegen führten. Aus Solidarität kündigten auch die in unserm Verbandsorganisierten Kollegen. Der Gauleiter sagte den Kollegen, daß sie recht gehandelt hätten. Von verschiedenen Rednern wurde dann noch über die schlechten Affordpreise Klage geführt, wenn man reklamieren, dann bekomme man zur Antwort: was wollen Sie denn, ich bezahle ja nach Tarif. Auch wünschte ein Kollege Auskunft darüber, warum die freie Organisation sich nicht an den Tarifverhandlungen beteiligt habe. Kollege Braun, Magy, sagte dem Kollegen, er habe im Auftrage der im freien Verbandsorganisierten Kollegen an den christlichen Zentralvorstand, Herrn Lehner, einen Einschreibebrief gerichtet und angefragt, ob nicht eine Kommission an der Ausarbeitung des einzureichenden Tarifentwurfs teilnehmen könnte, und auch an den weiteren Verhandlungen. Von Herrn Lehner sei er nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. Eine solche Handlungsweise fanden die Kollegen für nicht schön, denn sie waren der Meinung, daß, wenn der freie Verband an den Verhandlungen teilgenommen hätte, dann doch ein besseres Resultat erzielt worden wäre. Kollege Herrmann hofft, daß bei der Tariferneuerung im Jahre 1912 wohl auch die freie Organisation ein Wort mitsprechen werde. Um so mehr werden dann unsere Wünsche Berücksichtigung finden können, je stärker unsere Organisation im Magyer Gebiet ist. An der Ausbreitung unseres Verbandes könne jeder Kollege helfen, mit Freunden könne er festhalten, daß die neugegründete Zahlstelle recht schöne Fortschritte gemacht habe. Im Schlußwort ermahnte er die Kollegen, eifrig an dem weiteren Ausbau der Zahlstelle zu wirken.

Wannheim. Wohl in keiner Branche der Steinindustrie ist die Konkurrenz schärfer, als in der Marmor- und besonders in der sogenannten Möbelindustrie. Was da an gegenfeitigen Preisunterbietungen geleistet wird, darüber könnte man Vände schreiben. Besonders ist dieses Gebaren bei Kleinbetrieben der Fall. Daß aber auch anerkannte Großfirmen daselbe tun, dafür hier ein Schulbeispiel. Die Unternehmer der Marmorbranche Mannheim-Ludwigshafen hatten in vergangener Woche eine Versammlung nach Ludwigshafen einberufen, um eine Vereinigung zu gründen. Nun, die Vereinigung kam nicht zustande und zwar, weil der Vertreter der Firma Schachermühle, Straßburg und Mannheim, Herr Hagenstein, erklärt haben soll: „Ich habe Ihnen im Auftrag der Firma Schachermühle zu erklären, daß wir hier (gemeint ist Mannheim) noch mehr Maschinen aufstellen werden und dann noch billiger verkaufen, weil Sie uns beim Streik in Etich gelassen haben.“ Bei der Firma Schachermühle in Mannheim und Straßburg stehen die Marmorarbeiter im Streik. Die übrigen Unternehmer haben mit uns einen Lohnvertrag abgeschlossen. Nur die Schachermühle weigert sich hartnäckig zu verhandeln und begründet ihren ablehnenden Standpunkt mit der Konkurrenz. Es sei unmöglich mehr zu zahlen, da die Preise jetzt schon zu sehr gedrückt seien. Wie vereint sich dies nun mit obiger Erklärung in der Meister-Versammlung? Vorkünftig braucht die Firma ja keine neuen Maschinen, denn sie hat für die vorhandenen keine Arbeitskräfte.

Selbzig (Oberfranken). Die Lohnbifferenzen und Maßregelungen konnten hier kürzlich durch Streik erledigt werden. Wiederholt gab die Direktion die Erklärung ab, keine Lohnabzüge vornehmen zu wollen. Aber trotz dieser Versprechungen wurden wieder Lohnabzüge vorgenommen, desgleichen auch Maßregelungen. Ja, am 1. Juli hat der Direktor sogar den Kollegen nicht angegeben? (Red.) Dieses „menschenfreundliche“ Gebaren wird noch weitere Folgen haben. Es ist gerichtliche Anzeige erlassen, denn unser Kollege mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die nordbayerischen Steinwerke liefern auch für den Staat und so werden die Arbeiter dafür sorgen, daß beim Zutritt des bayerischen Landtags das unmenhliche Verhalten des betreffenden Direktors vor dem ganzen Lande richtig gebrauchbar wird. Vielleicht haben die zuständigen staatlichen Baubehörden so viel Energie, um diesem Direktor nachzugehen,

daß ihm wegen seines Verhaltens Arbeitern gegenüber Aufträge nicht mehr erteilt werden können.

Ströbel. Bei der Firma Schall in Ströbel herrscht schon seit 6 Monaten Materialmangel, der durch das oft 12 bis 15 stündige Arbeiten pro Tag einiger Unorganisirter noch verschärft wird. Ein Kollege, der sich diese Dummheit nicht länger ansehen wollte, verließ deshalb am 14. Juni ohne Kündigung die Arbeit, in der Hoffnung, anderswo sein Stück Brot zu finden. Er hatte aber die Rechnung ohne den Herrn Betriebsleiter Max Keller gemacht, denn dieser Herr hat, trotzdem er früher Kollege war und die Freuden und Leiden des Steinarbeiters durchgemacht hat, es für nötig befunden, den abgereiften Kollegen in allen Vertrieben brieflich und telephonisch zu kennzeichnen und zwar mit Erfolg. Der Kollege bekam zur Antwort: Wir brauchen Leute aber Sie bekommen keine Arbeit, auch wenn Sie den Entlassungsschein mitbringen. Auf Grund dieser Schilderung eruchen wir die reisenden Kollegen, Ströbel so lange zu meiden, bis diese unwürdigen Zustände aufgehoben sind.

Zwidau. Schon in mehreren Versammlungen kam es hier zu lebhaften Debatten, weil wir den 5prozentigen Zuschlag auf unsern Tarif vom 15. Mai ab nicht erhalten. Nach dem einstimmig gefaßten Beschluß der gemeinschaftlichen Tarifkommission (des Normaltarifs für Sachsen) in der Sitzung vom 1. und 2. Mai d. J. in Dresden, ist vom 15. Mai ab auf die bestehenden Tarife ein Zuschlag von 5 Proz. zu bezahlen. Die hiesigen Meister weigern sich den Zuschlag zu bezahlen, da eine Aufbesserung des Tarifs am 1. März 1910 eingetreten sei, so könnte jetzt nicht noch ein Zuschlag erfolgen. Aber Meister Weyhmann hat in Dresden mit dafür gestimmt. In einer gemeinschaftlichen Sitzung mit den Meistern kam es zu keiner Einigung, da sie angeblich von den Tarifverhandlungen nicht unterrichtet seien. Es wäre abzuwarten, wie das Schiedsgericht darüber entscheidet, das in dieser Sache eingesetzt ist. Auf eine Anfrage bei Herrn Würdig und zugleich einer Aufforderung an denselben, die hiesigen Meister anzuweisen, den Beschluß einzuhalten und die 5 Prozent Zuschlag zu bezahlen, erhielten wir unter dem 21. Juni folgenden Bescheid: „Die Meinungsverschiedenheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Ihres Ganges erfordert eine prinzipielle Entscheidung. Ich habe die Angelegenheit darum unserm ersten Vorsitzenden des Bezirks V, Herrn Steinmeiermeister Günther, Leipzig, unterbreitet und hoffe, daß derselbe mit Ihrem Herrn Starke eine Einigung erzielt.“ Unsere Geduld ist hier auf eine harte Probe gestellt worden. Wir hätten die Sache ohne weiteres zur Entscheidung bringen können, wir brauchen nur die Arbeit niederzulegen. Da nun einmal der Weg der Unterhandlung beschritten war, so glaubten wir den Schiedsrichter abwarten zu müssen. Die Aufbesserung einiger Positionen des Tarifs war notwendig und gerechtfertigt, da wir in diesen Punkten den andern Tarifen in Sachsen weit nachstehen.

Burgen. Am 24. Juni hielten die Zahlstellen Burgen und Räditz eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Steininger-Albrechtshain hielt einen Vortrag über Afford- und Zeitlohnarbeit und fand für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Retschmar ermahnt alle anwesenden Kollegen, die Statistik auszufüllen. Beim 2. Punkt: Berufsangelegenheiten, entspann sich eine größere Debatte. Ferner wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erörtert.

Rundschau.

In allen Saiteln gerecht. Die deutschen Industriellen beziehen aus Schweden viel Eisenerz. Beim Abschluß des deutsch-schwedischen Handelsvertrages hieß es nun in der deutschen Presse, wir haben Erze genug, auf Schweden wären wir ja gar nicht angewiesen. Auf einmal hören wir es auch anders. Deutschland hat nach Marokko ein Kriegsschiff entsandt, und da schreibt ein D. R. W. über den wirtschaftlichen Wert Marokkos folgendes in den Leipziger Neuesten Nachrichten:

Von den Minen möchte ich hier nicht reden. Alle Welt weiß, daß wir an Eisennot leiden, daß Deutschland Erzkvorrat nur noch 30 — einige sagen zwar, nur noch 10 — Jahre reicht, und daß dieser Not Marokko steuern kann; sonst müßten wir unsere Fabriken schließen und können unser Krämchen in der Industrie aufsteden.

Unsre Kollegen ersuchen hieraus, in welcher leichtfertiger Weise oft wichtige Wirtschaftsprobleme von den bürgerlichen Politikern besprochen werden. Vor 12 Wochen hatten wir noch Eisenerze genug; heute dagegen sind wir schon auf Marokko angewiesen, wie Dr. Wirth sagt. Wo liegt nun der Schwindel?

Reite Meite. Beim Konkurs des Siltruper Kunststeinwerks verlieren die Gläubiger etwa 3 Millionen Mark. Im Vorjahre gab es noch 6 1/2 Prozent Dividende. Die Verwaltung wollte noch am 1. April 1911 nachweisen, daß die Gesellschaft lebensfähig sei. Mit einer solchen Schuldenlast noch so eine Zuverlässigkeit, das ist gewiß sehr beachtenswert.

Schwarze Riste. Die Unternehmer im Mainlandssteingebiet haben eine schwarze Riste verfaßt, auf der etwa 200 streikende Kollegen verzeichnet sind. Die Riste soll von den Unternehmern in Sachsen, Schlesien und Hannover besonders geprüft werden, weil der Steinmeisterverband resp. dessen Sekretär Herr Püßler annimmt, daß sich die Steinmeierei dort in erster Linie Arbeit sichern wollen. Die schwarze Riste, welche fälschlich mit der Schreibmaschine hergestellt ist, befindet sich in unsern Händen.

Ungetreuer Christ. Am 22. Juni wurde am Schöffengericht zu Bergheim a. d. Elbe gegen den Vorsitzenden der Zahlstelle Quadrant vom Christlichen Bergarbeiterverband verhandelt. Gerhard Koll war angeklagt wegen Diebstahl und Unterschlagung. Er hatte bei der Kassenrevision 6 Mark in seinem Stiefel verschwinden lassen. Weiter hatte er einem Kollegen 60 Mark Sterbeunterstützung nicht ausgezahlt. Vor Gericht war er geständig, die 6 Mark im Stiefel versteckt zu haben. Die 60 Mark Sterbeunterstützung hatte er für sich gebraucht. Zeuge war der frühere Kassierer der Zahlstelle Richard Koll. Der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis und dabei ist es auch geblieben.

Feuerungszulage für hädtische Arbeiter und Bedienstete. Die städtischen Kollegen in Augsburg bewilligten die Summe von rund 40 000 Mk. als Feuerungszulage für städtische Bedienstete, deren Gehalt 1200 Mk. und für Arbeiter, deren Tagelohn 4 Mk. nicht übersteigt. Ein Antrag der Sozialdemokraten, allen Arbeitern eine Zulage zu gewähren, wurde abgelehnt ebenso der Antrag auf Anrechnung dieser Feuerungszulage auf pensionsberechtigende Einkommen. Die Aufbesserung kommt 168 Bediensteten und 606 Arbeitern zugute. — Wenn die Steinarbeiter einmal Lohnerhöhungen haben wollen, dann sagen die Unternehmer, die Lebensmittel sind nicht teurer geworden. —

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 26. Juni bis mit 1. Juli 1911. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
Kützberg, B. 68.—, E. 0.50, K. 5.—. Kirchenlamitz, B. 170.—, E. 15.—, Gaffel, B. 246.—, K. 4.—. Auntrich, B. 104.—. Wandersbader, B. 300.—. Bitten, B. 50.—, E. 5.—, K. 5.—. Kirchberg, B. 153.82. Bühlertal, Ins. 9.60. Saalburg, B. 34.20, K. 0.60. Wittenberg, B. 26.50. Herwigsdorf, B. 4.20. Ronitz, B. 4.—. Sterbedühl, B. 1.50. Sangerhausen, B. 1.70. Ortrand, B. 3.—. Ludwigslust, B. 4.50. Dittelsdorf, B. 4.80. Oberursfel, B. 7.20. Saha, B. 8.—. Stralfund, Ins. 2.80. Ziegelanger, E. 10.—, K. 10.—. Schopfloch, B. 7.50. Offenbach a. M., B. 50.—. Ludwigshafen, B. 135.—. Hemsbach, B. 113.82, K. 1.05. Herpenheim, B. 420.—, K. 20.—. Gera, B. 223.18, E. 2.—, K. 4.80.

Reichenbach, B. 146.—. Gärtschhausen, B. 36.72, E. 1.—, K. 1.—. Demitz-Thumitz, B. 420.—. Göln I, B. 300.—, E. 10.—. Bernsdorf, B. 117.68, E. 2.—, K. 0.40. Vaugen, B. 348.—, E. 15.—. Augsburg, B. 200.—. Berlin, B. 3000.—. Freiburg (Sach.), B. 143.—, K. 15.25. Hannover, B. 300.—. Gerichsdorf, B. 66.—, K. 10.—. Döhlenburg, B. 8.25. Seebach, B. 157.08, M. 9.—. Bentzen (Oberschlesien), Ins. 2.50. Jannowitz, Ins. 6.40. Pusum, B. 4.80. Guffow, B. 4.10. Meerane, B. 5.50. Hamburg, B. 3.20. Sadersleben, B. 21.60, E. 0.75, K. 1.50. Liebenwerda, B. 4.50. Königswalde, B. 4.50. Elbersdorf, B. 2.—. Hamburg, Ins. 26.—. Bolgast, B. 84.50. Eriberg, B. 84.—, E. 5.—, K. 10.—. Schupbach, B. 76.78, E. 10.50, K. 0.50, M. 3.10. Kofrod, B. 508.—, K. 20.—. Raumburg, B. 67.20, E. 1.—, K. 15.60, M. 0.50. Ronsfeld, B. 53.76. Maulbronn, B. 29.40, E. 0.50, K. 0.10. Hauswalde, B. 73.10, E. 0.50, K. 1.90. Dittelsdorf, B. 750.—, E. 30.—. Grefeld, B. 75.—, E. 2.—. Aus, B. 232.—, E. 5.—, K. 50.—, Div. 159.19. Brüd, B. 128.—, E. 10.—, K. 3.50. Dortmund, B. 300.—. Frankfurt a. M., B. 250.—, K. 10.—. Gebweiler, B. 40.—. Hamburg I, B. 500.—, K. 44.20. Wittweida, B. 330.—. Plauen, B. 95.—, Div. 4.20. Röditz, B. 252.—, E. 25.—, K. 0.05. Grefeld, B. 1529.44, E. 23.75, K. 38.60. Wolfshagen, B. 63.—, K. 2.—. Ostrowo, B. 7.40, Ins. 2.60. Rempten, B. 7.—. Mejeritz, B. 3.—. Straußberg, B. 4.40. Hamm, B. 6.—. Waren, B. 3.40. Stavenhagen, B. 3.—. Nebra, K. 1.50, M. 3.—. Sühneburg, B. 21.—, K. 1.50. Brandenburg, B. 37.80, K. 1.20. Bunzlau, B. 296.25. Bernsdorf, B. 38.65, K. 1.10. Alt-Barthau II, B. 208.30, K. 20.70. Giebelsdorf, B. 472.—. Herbede, B. 75.—, E. 8.—, K. 5.—. Rieden b. Gall, B. 3.78, E. 4.50.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Reichenbach (Odenwald). Quittung über eingelaufene Geldbeträge für die ausgesperrten Steinarbeiter von Reichenbach (Odenwald):

Durch Koll. Paul Pögel, Weissenhof b. Berlin (2. Rate)	25.— Mk.
Otto Schulz, Einbeid	30.— "
Ernst Strunz, Reinsdorf bei Zwidau	15.— "
Joseph Kumpf, Reinsheim	20.— "
Wilhelm Poll, Stettin	20.— "
H. Richter, Bunzlau	30.— "
Seb. Wagner, Augsburg	5.— "
J. Schmitt, Elberfeld	10.— "
Anton Paulst, Mittelsteine	20.— "
Bruno Schindler, Alt-Barthau I	20.— "
J. Fall, Ludwigshafen a. Rh.	10.— "
Friedrich Winkel, Frankfurt a. M.	50.— "
Karl Pöhsel, Raumburg a. S.	5.— "
Karl Klähr, Kofrod	20.— "
H. Borrman, Neu-Barthau b. Bunzlau	15.— "
Sozialdemokratischer Wahlverein, Erbach i. Odenw.	20.— "
Bereits quittiert	167.80
Summa	482.80 Mk.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Kappelrodeck.

Sonntag, den 16. Juli 1911, vormittags 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gasthaus zum Rebstock.
Referent: Gauleiter Hugo Braun.
Die Tagesordnung wird im Vereinslokal bekannt gegeben.
J. A.: Joh. Weindl, Vorsitzender.

Berlin.

Sonabend, den 22. Juli, im Moabit Wintergarten (Artushof), Perleberger Str. 26 u. Stendaler Str. 18
Grosses Sommerfest
bestehend in
Konzert • Spezialitäten • Ball.
Volksbelustigungen aller Art für Kinder und Erwachsene. • Kaffeeküche.
Beginn des Konzertes 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung findet das Fest in den äusserst geräumigen Sälen statt. — Bahnverbindung: Elektrische Linien 3, 5, 7, 8, 13, 15, 16, 19, 23, 24; Auto-Omnibus-Linie 11; Stadt- und Ringbahn, Bahnhof Potsdamerstrasse.
Eintrittskarten, für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg., sind zu haben bei den Platzvertretern und in den Zahlstellen.
Um rege Beteiligung bittet
Das Vergnügungskomitee.

Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Schürzen

Gausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadett, Leder- und Buckstins, Ofen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.
Tüchtige Steinmetzen
werden noch eingestellt bei
Hoffsteinmeister **L. Niggel, Mittelsteine** Grafschaft Glatz (Schlesien).
Tüchtige Steinbildhauer und Steinmeßer
stellt ein — Meldungen schriftlich
Gust. Sachse, Weimar.

Im Auftrage der ausgesperrten Steinarbeiter spreche ich den Gehern an dieser Stelle meinen Dank aus. Der Kampf mit der Firma Deutsche Steinindustrie ist nunmehr endgültig beendet, und sind deshalb sämtliche Geldsendungen zu unterlassen.
Peter Seibert, Vorsitzender.

Marktbreit. Unterzeichneter erucht um Angabe der Adresse des Steinmeßers Johann Prehmus (Verb.-Nr. 14830), geboren am 2. Februar 1891 in Oberndorf.
Georg Reche, Kassierer, Marktbreit Nr. 99.

Döhlenfurt. Der Kollege Michael Wonschauer möchte seine Adresse dem Kollegen Michael Lampe, hier, angeben.
Die Ortsverwaltung.

Alteiningen. Der Kollege Daniel Christmann aus Wattenheim soll sofort seinen Aufenthalt bekanntgeben.
Karl Schäfer.

Dortmund. Die Kollegen Friedrich Wilh. Müller, geb. am 27. Dezember 1876 in Heiligenstadt; Gustav Beyger, geb. am 3. Dezember 1891 in Förste a. S., und Adam Engelbert, geb. am 26. Mai 1890 in Billmar, haben ihre Bücher in Unordnung zurückgelassen.
Herm. Prothmann.

St. Gallen (Schweiz). Der Steinmeßer Ernst Dittmüller möchte an unterzeichneter Stelle sofort seine Adresse einsenden.
Arbeitersekretariat St. Gallen
Sämmlisbrunnstrasse 41.

Adressen-Änderungen.

Kofrod. Vorf.: H. San, Feldstraße 7. Kass.: E. Klähr, Ottostraße 19, II.
Kaiserlautern. Vorf.: Wilhelm Probst, Winterstraße 8. Sekret.: Vorf. u. Kass.: Konrad Bedal.
Stettin. Vorf.: Richard Müller, Barnimstraße 72, S. I. r. Konfanz. Kass.: Theodor Adermann, Braunecker Str. 45.
Döhlenfurt. Vorf.: Karl Rapp.
Marktbreit. Vorf.: Jakob Hartner, Kappenstein. Kass.: Franz Modlmaner, Döhlenfurter Straße.
Zöblitz. Kass.: Paul Ullmann, Frauenstraße 137.
Darmstadt. Kass.: Johannes Kagenbächer, Alleestr. 43, pt.

Briefkasten.

Kirchheim, J. B. Der Verbandsausschuß entscheidet völlig selbständig. — Zillertal. Besten Dank für die bewiesene Aufmerksamkeit. — A., Schwarzwald. Zu unbedeutend. — B., Ober-Weilau. Ist nicht zu gefährlich. Nur etwas Energie zeigen, dann wird die Sache schon überstanden. — D. Solch alberne Fragen beantworten wir nicht. — E. Nicht brauchbar. Gute Dinge wollen erachtet sein, gute Werke wollen gemacht sein. — M. in E. Es ist sehr ungewiß. Nimm einen Rechtsanwalt zu Rate, aber vor Unterzeichnung des Vollmachtsscheines das Honorar festsetzen. Apothekerpreise sind nämlich nichts seltenes. — Odenwald. Traurig genug, daß sich die Kollegen der Ortsverwaltung gegenüber so etwas erlauben.

Lokalbeamter gesucht.

Für die vereinigten Zahlstellen Strigau und Hällich wird für bald ein Lokalbeamter gesucht. Bedingungen sind:
a) Erfahrung in der Gewerkschaftsbewegung;
b) Kenntnis der sozialen Beschäftigung;
c) Kenntnis der einfachen Buchführung;
d) Fünfjährige Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation.
Gelegene Bewerber mögen ihre Offerte mit einem selbstgeschriebenen Aufsatz über die Entwicklung des Steinarbeiterverbandes bis zum 20. Juli einreichen bei
K. Daubenthaler, Strigau (Schles.), Bahnhofstr. 11.

Tüchtige, berufsmässige Pflastersteinschläger und Bossierer

bei hohem Affordlohn und dauernder Arbeit sofort gesucht. Zu melden bei
Bruchmeister Hensel, Granitwerk Seidau bei Bautzen.
Robert Berndt Söhne.

25 bis 30 Steinbauer und Steinbrecher

sucht sofort für dauernde Arbeit und gegen hohen Lohn
Carl Jacoby, Brackwede
bei Bielefeld (Westf.), Riebornstr. 10.

Tüchtige Granitschleifer

stellt ein
Granitwert **Herm. Conradus, Jona.**

Mehrere tüchtige Steinbauer

finden bei sofortigem Antritt dauernde Beschäftigung.
Ghent- u. Granitwert vorm. Merz & Co., S. m. b. H.
Gross-Bieberau (Odenwald).

Tüchtige Marmorschleifer

für Rundschleifmaschinen gesucht.
Nikolaus Höhl, Marmorgeschäft, Würzburg.

Tüchtiger Dreher

auf Sandstein wird sofort aufgenommen.
L. Rosenthal, Bentzen (Oberschlesien).

Turmrose aus Basaltlava

in gotischem Stil, 1,10 m im Durchmesser, lichte Weite 0,82 m, prämiert mit der goldenen Medaille, ist preiswert zu verkaufen.
Gebr. Kenser, Mayen (Rheinland), Volker Str. 14a.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)
In Ableben am 14. Juni der Kollege Adolf Jile, 43 Jahre alt, an Lungenentzündung.
In Bunzlau am 30. Juni der Kollege Robert Walter, 44 Jahre alt, an Lungenentzündung.
In Hocht (Odenw.) am 27. Juni der Kollege Ludwig Bruder, 37 Jahre alt, infolge eines Unfalles.
In Konfanz am 29. Juni der Kollege Emil Müller, 36 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Wittengesellschaft.

Reichsversicherungsordnung.

III.

Die Unfallversicherung

hat ihre Regelung im dritten Buche gefunden. Die Versicherungspflicht auf alle Lohnarbeiter und Betriebe, also auch auf das Kleinergewerbe, auszudehnen, dazu hat man sich nicht ausschwingen können. Entschädigt werden in Zukunft wie bisher nur Betriebsunfälle, nicht aber Unfälle auf Wegen, Unfälle des täglichen Lebens, ebenso werden die Gewerbekrankheiten nicht als Unfälle angesehen. Letzteres kann nur auf Beschluß des Bundesrats geschehen. Die Versicherungspflicht ist wieder etwas erweitert worden und erstreckt sich in Zukunft mit auf die Apotheken, Gerbereien, Dekorateur- sowie Steingewerbetriebe, die Binnenfischerei, Fischzucht, Leinwandweberei und Eisgewinnung, wenn sie gewerbsmäßig betrieben oder vom Reich, einem Bundesstaat, einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer anderen öffentlichen Körperschaft verwaltet werden, sowie das Halten von Fahrzeugen auf Binnengewässern, auf das Halten von andern Fahrzeugen als Wasserfahrzeugen, wenn sie durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden und auf das Halten von Reitern, endlich noch auf den gesamten Spektationsbetrieb. Verbotswidriges Handeln schließt die Annahme eines Betriebsunfalles nicht aus. Die Verletzung bergpolizeilicher Vorschriften gilt nicht als ein freiwilliges Zuziehen eines Unfalles.

Die Rente wird nicht nach dem vollen Lohne, sondern nach zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes gewährt, wobei der 1800 Mk. (früher 1500 Mk.) übersteigende Betrag nur zu einem Drittel in Anrechnung kommt. Eine Erhöhung der Hinterbliebenen-Renten hat nicht stattgefunden, nur ist in Zukunft auch für ein uneheliches Kind Rente zu zahlen, wenn der Verstorbene ihm nach gesetzlicher Pflicht Unterhalt gewährt hat. Beträgt die Rente 20 Proz. und weniger (bisher 15 Proz.), so kann die Berufsgenossenschaft mit Zustimmung des Verletzten eine Abfindung eintreten lassen. Neu ist, daß die Berufsgenossenschaften Einrichtungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Unfallverletzte treffen können. Mit Hilfe der Verze und dieser neuen Einrichtung wird die Kürzung oder Entziehung der Rente in Zukunft dann noch schneller wie heute erfolgen. Gesetzlich festgelegt ist auch, daß die Genossenschaft durch die Satzung allgemein, sonst bei Bedürftigkeit, dem Verletzten, der in einer Heilanstalt untergebracht ist, und seinen Angehörigen eine besondere Unterstüßung gewähren kann. Dies ist namentlich dort sehr angebracht, wo der Verletzte in Heilanstalten seine eigenen Kleidungsstücke tragen muß und diese dabei erheblich abnutzt.

Zur Beratung und Beschlußfassung über Unfallverhütungsvorschriften werden Vertreter der Versicherer gewählt. Diese nehmen alljährlich zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung und können Maßnahmen mit anregen, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen. Die Vertreter werden von den Besitzern der Oberversicherungsämter gewählt. Trotzdem die Ueberwachung der Betriebe noch ungenügend ist und die Unfallverhütungsvorschriften, namentlich in den landwirtschaftlichen Betrieben, mehr wie alles zu wünschen übrig lassen, darf das Reichsversicherungsamt auf Beschluß des schwarzen Blatts die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht einmal zum Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften anhalten. So hat man überall auf die Unternehmer die „geblühende“ Rücksicht genommen.

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung

Die das vierte Buch umfassende Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung entspricht ganz und gar nicht den gebotenen Erwartungen. Weder eine Erhöhung, noch eine Erleichterung zum Bezuge der Invaliden- und Altersrenten hat die Reichsversicherungsordnung gebracht, dafür aber eine ganz ungenügende Hinterbliebenenversicherung. Nur wenn der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren hat, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes Kind um ein Zehntel, bis zum höchstens anderthalbfachen Betrage.

Diese Bestimmung gilt aber nur für diejenigen Empfänger von Invalidenrenten, deren dauernde Invalidität nach dem 31. Dezember 1911 eingetreten ist oder deren Rente nach diesem Tage beginnt. Die Beiträge, die bisher 14, 20, 24, 30 und 36 Pfg. pro Woche betragen, werden dafür und für die Hinterbliebenenversicherung auf 16, 24, 32, 40 und 48 Pfg. erhöht. Eine freiwillige Zusatzversicherung ist eingeführt. Wenn die Rente also zu niedrig erscheint, kann durch Leistung von Zusatzmarken eine Erhöhung erzielt, d. h. wenn er jemals in Genuß einer Rente kommt. Mit der Zusatzversicherung gedenkt man auch den kleinen Gewerbetreibenden, die berechtigt sind, unter gewissen Umständen freiwillig in die Versicherung einzutreten, ebenso den Betriebsbeamten, Angestellten u. entgegengesetzten. Bei der Invalidenversicherung sind Angestellte in „ähnlich gehobener Stellung“ nur versicherungspflichtig, wenn sie ein Einkommen von nicht mehr wie 2000 Mark haben. Die Versicherungspflicht beginnt erst mit dem vollendeten 16. Lebensjahre

und im Gegensatz zur Krankenversicherung sind die Lehrlinge vom 16. Jahre auch nur dann versicherungspflichtig, wenn sie gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden.

Die Invalidenrente wird nach wie vor erst gewährt, wenn der Antragsteller zu zwei Dritteln arbeitsunfähig ist. Die Krankenrente erst nach sechswöchiger arbeitsunfähiger Krankheit. Die Altersrente vom 65. Jahre ab einzuführen, lehnte der Reichstag ab. Es bleibt also beim 70. Jahre. Die Witwenrente wird nicht beim Tode des Mannes gezahlt, sondern auch erst, nachdem die Frau zu zwei Dritteln arbeitsunfähig geworden ist. Hiernach kommen nur die wenigsten Witwen in den Genuß der Rente.

Auf Krankenrente hat die Witwe nach Zwöcker Krankheit ebenfalls Anspruch. Waisenrente erhalten beim Tode des versicherten Vaters seine ehelichen, unter 15 Jahre alten Kinder und nach dem Tode einer Versicherten ihre waisenlosen Kinder unter 15 Jahren. Als waisenlos gelten auch uneheliche Kinder. Nach dem Tode der versicherten Ehefrau eines erwerbsfähigen Ehemanns, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienste bestritten hat, steht den ehelichen Kindern unter 15 Jahren Waisenrente und dem Manne Witwenrente zu, solange sie bedürftig sind. Für die Waisenrente gilt dies auch, wenn zur Zeit des Todes der Versicherten die Ehe nicht mehr bestand. Nach dem Tode einer versicherten Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und seiner väterlichen Unterhaltspflicht entzogen hat, steht den ehelichen Kindern unter 15 Jahren Waisenrente zu, solange sie bedürftig sind. Hinterläßt der Versicherte elternlose Enkel unter 15 Jahren, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend bestritten hat, so steht ihnen Waisenrente zu, solange sie bedürftig sind. Die Renten der Hinterbliebenen beginnen mit dem Tode des Ernährers, die der Witwe jedoch, wie schon bemerkt, erst mit dem Eintritt ihrer Invalidität. Eine Erstattung der Beiträge findet nach dem 1. Januar 1912 nicht mehr statt. Betrifft die Erstattung jedoch eine weibliche Person, die eine Ehe eingegangen ist, so werden die Beiträge nur noch erstattet, wenn der Antrag vor Verkündung der Reichsversicherungsordnung gestellt worden ist. Die Verkündung wird bald erfolgen. Die Erstattung hört für die Verheirateten dann auf; würde aber der Mann vor dem 1. Januar 1912 sterben, so erhielten die Hinterbliebenen des Mannes keinen Pfennig an Renten usw.

Falls nun die Ehefrau auch Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat, so steht ihr beim Tode des Mannes ein Witwengeld zu. Dasselbe wird gezahlt, auch wenn die Frau noch nicht als Invalide gilt. Die Kinder einer solchen Witwe erhalten bei Vollendung des 15. Lebensjahres eine Waisenaussteuer. Die Hinterbliebenenbezüge sind, wie schon mehrfach in der Presse hervorgehoben, sehr gering. Die Renten der Hinterbliebenen dürfen zusammen nicht mehr betragen als das anderthalbfache der Invalidenrente, die der Verstorbene zur Zeit seines Todes bezog oder bei der Invalidität bezogen hätte. Die durchschnittliche Invalidenrente betrug im Jahre 1909 bei allen Versicherungsträgern 174,80 Mark. Hiernach kann man leicht berechnen, wie die höchsten Renten der Hinterbliebenen eventuell ausfallen. Waisenrenten allein dürfen zusammen nicht mehr betragen als die Invalidenrente. Ergeben die Renten einen höheren Betrag, so werden sie im Verhältnis ihrer Höhe gekürzt. Enkel haben nur insoweit einen Anspruch, als nicht der zulässige Höchstbetrag den Kindern zufließt.

Das Heilverfahren kann in Zukunft außer von den Versicherten auch von den Witwen beantragt werden. Die Ausgaben für das Heilverfahren sollen jedoch eingeschränkt werden.

Nach dem Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung treten die Vorschriften des vierten Buches und die zu ihrer Durchführung erforderlichen andern Vorschriften der Reichsversicherungsordnung mit dem 1. Januar 1912 in Kraft. Bis zum 31. Dezember 1930 werden auf die Wartezeit für den Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge auch die nach dem Invalidenversicherungsgesetz entrichteten Beiträge angerechnet. Nach diesem Zeitpunkt kommen auf die Wartezeit (200 bis 500 Beitragswochen) nur die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 entrichteten Beiträge in Anrechnung. Die Renten setzen sich nach dem jetzigen Gesetz zusammen aus einem Reichszuschuß, Grundbetrag und Steigerungszuschuß. Für die Bemessung der Hinterbliebenenbezüge wird zur Berechnung des Grundbetrages der Invalidenrente die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 an 500 Beitragswochen fehlende Zahl aus den höchsten, nach dem Invalidenversicherungsgesetz entrichteten Beiträgen ergänzt. Reicht die Zahl dieser Beiträge hierzu nicht aus, so gilt für die fehlenden die Lohnklasse I. Damit die Bezüge immer noch magerer ausfallen, sind für die Steigerungszuschüsse nur die Beiträge anzurechnen, die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 geleistet worden sind. Keinen Anspruch auf Fürsorge haben die Hinterbliebenen solcher Versicherten, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben waren. Das Gleiche gilt für die Hinterbliebenen solcher Versicherten, welche an dem genannten Tage bereits dauernd erwerbsunfähig sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt zu haben.

Die Versicherungsanstalten haben einen Vorstand und Ausschuß. Für beide kommen Vertreter der Unternehmer und

Versicherten in Betracht. Die Vertreter zum Vorstand werden von den Ausschußmitgliedern, diese jedoch von den Mitgliedern beim Versicherungsamt gewählt. Also überall ein kompliziertes, indirektes Wahlverfahren.

Das fünfte Buch behandelt

Die Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten.

Hier haben die Bestimmungen über die Unterstützung der Unfallverletzten nach Ablauf der 13. Woche durch die Krankenkassen (falls die Berufsgenossenschaft bis dahin nicht eingetreten ist) ihre Regelung gefunden, ebenso, falls die Gemeinden oder Armenverbände Unterstützungen für Personen geleistet haben deren Ansprüche an Krankenkassen, die Unfall- oder Invalidenversicherung noch zustehen, sind neu geregelt worden, natürlich alles so, daß ja niemand etwa einmal doppelte Unterstützung erweisen könnte.

Zum Schluß regelt das sechste Buch dann noch das Spruchverfahren.

Zu begriffen ist, daß in Zukunft alle Streitigkeiten auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung durch einheitliche Instanzen ihre Regelung finden. Es kommen da in Betracht, das Versicherungsamt, das Oberversicherungsamt, das Reichs- resp. Landesversicherungsamt. In Sachen der Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist in letzter Instanz die Revision, in Sachen der Unfallversicherung jedoch der Rekurs zulässig. Beim Rekursverfahren kann man noch mit neuem Beweismaterial antreten, während das Revisionsverfahren sich nur auf Gesetzesverletzungen resp. Formfehler stützen kann. Zu beklagen ist nun aber recht lebhaft, daß die Revision wie auch der Rekurs ausgefallen ist, wenn es sich handelt bei der

a) Krankenversicherung:

1. um die Höhe des Kranken-, Haus- oder Sterbegeldes, 2. Unterstüßungsfälle, in denen der Kranke nicht oder weniger als 8 Wochen arbeitsunfähig war, 3. Wochenhilfe, 4. Familienhilfe, 5. Abfindung, 6. Kosten des Verfahrens.

b) bei der Unfallversicherung:

1. um Krankenbehandlung oder Hauspflege, 2. Renten für eine Erwerbsunfähigkeit, die zur Zeit der Entscheidung des Rekursgerichts unfreier oder nach rechtskräftiger Feststellung vorübergegangen ist, 3. Rententeile, die bei dauernder Erwerbsunfähigkeit für begrenzte und bereits abgelaufene Zeiträume zu gewähren sind, 4. Heilanstaltspflege, 5. Angehörigenrente, 6. Sterbegeld, 7. vorläufige Renten, 8. Neuerrichtung von Dauerrenten wegen Änderung der Verhältnisse, 9. Kapitalabfindung, 10. Kosten des Verfahrens.

c) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung:

1. um Höhe, Beginn und Ende der Rente, 2. Kapitalabfindung, 3. Witwengeld, 4. Waisenaussteuer, 5. Kosten des Verfahrens.

So steht die „vielgepriesene Sozialreform“ aus, von der man seit Jahren so viel Aufhebens gemacht hat. Eine Vorlage wie die Reichsversicherungsordnung, die neben ganz geringfügigen Verbesserungen so einschneidende Verschlechterungen enthält, hat die sozialdemokratische Partei somit mit Recht abgelehnt.

Die Reichsversicherungsordnung tritt, soweit es sich um Maßnahmen zu ihrer Durchführung handelt, sofort in Kraft. Die Tage, mit denen die übrigen, außer den bereits unter dem Kapitel Invalidenversicherung erwähnten, Vorschriften in Kraft treten, werden durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt.

Ein Protest.

Neudorf (Schlesien). Bezugnehmend auf die Berichtserstattung im „Steinarbeiter“ Nr. 24 und 25 über die am 6. Juni in Hohenau stattgefundene Versammlung teilt die beauftragte Kommission mit, daß der hier angeflagene Ton allgemeine Entrüstung hervorgerufen hat. — Vorerst müssen wir hervorheben, daß der in Frage gestellte Vortrag deplaziert war. Wenn ein Zentralvorstandsmitglied in unserm Distrikt kommt, so mußte ein ganz andres Thema angeschnitten werden. Der Zentralvorstand mag nur bedenken, daß sich im Laufe der letzten Jahre Zündstoff genug angesammelt hat und die Abneigung gegen die Zentrale eine große ist, mithin mußte es gar nicht so sehr bestreben, daß eifrige Kollegen bei dem Erscheinen ihrem Herzen Luft machten. Freilich wird es von allen Kollegen bedauert, daß derartige Vorkam. Der Kollege Gerling selbst hat es eingesehen, daß seine Handlungsweise „nicht ganz“ (!) richtig war.

Veranlaßt durch den Artikel in Nr. 24 des „Steinarbeiter“ hielten wir am Freitag den 23. Juni eine Protestversammlung ab. Am selbigen Tage erblickten wir nun in Nr. 25 des „Steinarbeiter“ nochmals eine Brandmarlung. Der Unwille steigerte sich und bei allen kam es zur gründlichen Aussprache. Nachstehende Resolution wurde gegen 7 Stimmen angenommen: „Die am 23. Juni einberufene Protestversammlung der Bahnhofsstelle Hohenau-Neudorf erhebt energischen Protest gegen die in Nr. 24 und 25 des „Steinarbeiter“ enthaltenen Bezeichnungen gegen Gerling und verlangt, daß die Ausdrücke, wie: Konforten,

Das Gewerkschaftskongress-Fest.

„Wohlauf, die Luft geht frisch und rein,
 Wer lange sitzt, muß rosten;
 Den allermeisten Sonnenschein
 Läßt uns der Himmel kosten.“

Viktor von Scheffel.

Auf Arbeiterkongressen wird den Vergnügungsveranstaltungen ein recht bescheidenes Plätzchen eingeräumt. Und es ist auch gut so. Aber ganz ohne Festivität läßt sich ein solcher Kongress nun auch nicht abhalten. Das Dresdner Lokalkomitee hatte für die Gewerkschaftskongressdelegierten am Donnerstag, den 29. Juni nachmittags eine Dampferpartie nach der sächsischen Schweiz veranstaltet, die einen jamosen Verlauf nahm. Ueber diesen herrlichen Ausflug sei in nachstehenden Zeilen kurz berichtet.

Am Elbelandungsplatz, nahe der soeben vollendeten Augustusbrücke, die ganz aus Sandstein erbaut ist, liegen zwei mächtige Dampfer, um die Abgesandten aus allen Gauen Deutschlands aufzunehmen. Die Steinarbeiterdelegierten nehmen auf Kaiser Wilhelm Platz und unsre republikanische Gesinnung leidet darunter nicht im geringsten. Auch vom Prinzip ging nichts flöten. Als sich die Raddampfer in Bewegung setzten, intonierte die Musikkapelle in schneidiger Weise den Sozialistenmarsch. Die Spitze der Brühlischen Terrasse schienen darüber sehr entrüstet zu sein. Der mit unzähligen Wimpeln behangene Kaiser Wilhelm leuchtete recht stark, die Luft scheint ihm nicht besonders angenehm zu sein. Vorbei geht es an der Vogelwiese, und die Steinmehlwerke in deren Nähe, die vor zwölf Jahren ein lebhaftes Treiben aufwiesen, wo der Knäppler hurtig flog und muntere Steinmehllieder erklangen, sind heute zum großen Teil verödet. In der Nähe der Dresdner

Wasserwerke oberhalb der „Saloppe“, auf ansehnlicher Höhe, blicken drei schloßartige Willen aus und hernieder. In der einen residiert Kommerzienrat Lingner, der als Arrangeur der Dresdner hygienischen Ausstellung sicherlich großes Geschick entwickelt hat. (Wenn die Steinarbeiterausstellung nicht untergebracht werden konnte, so ist das nicht Lingners Schuld, dem Einfluß der Scharfmacherelique war er nicht gewachsen.)

Recht annützig zu beiden Seiten der Elbe liegen die Orte Blasewitz und Loschwitz, die durch eine gewaltige Pängebrücke, im Volksmunde „blaues Wunder“ genannt, miteinander verbunden sind. Die Brücke wurde vor etwa 15 Jahren montiert und darf als ein Werk deutscher Ingenieurkunst mit Stolz und Recht bezeichnet werden. Das königliche Lustschloß Pillnitz am rechten Elbufer scheint momentan keine Verheerung aufzuweisen; vor etlichen Tagen hatte sich dort die ca. 60 Mann starke türkische Studentenkommision etwas umgesehen. Die zwei Fährschiffe mit den vergoldeten königlichen Kronen liegen fest angelegert am Rammplatz, aber es hat den Anschein, als wollten sie sagen: Nehmt uns mit!

Der Turm der im gotischen Stil erbauten Stadtpfarrkirche zu Pirna wird sichtbar; wir sind also gleich in der sozialistischen Hochburg selbst. Aus den Fabriken werden Fahnen geschwungen, die Hafenarbeiter halten mit der anstrengenden Arbeit inne, auf dem nahen Zimmerplatz legen die Genossen die Breitart beiseite, unbedürftig dessen, daß der Polier eine Schimpfplanonade aufzuführen scheint. Kinder schwenken ihre Miniaturfahnen. Denn auch sie wollen die Männer der Arbeit grüßen. Genosse Fräßdorf, der sich auf unserm Schiff befindet, ist sichtlich erfreut, daß seine ehemaligen Mandatgeber zum Reichstag ihre Sache so gut machen.

Schon oberhalb Pirna beginnen die ungeheuer ausgedehnten Sandsteinbrüche. Kollege Seidel der Pirnaer Vertrauensmann, gibt seinen aufmerksamsten Zuhörern die nötigen

sachverständigen Hinweise; manchmal schnauzt er allerdings, als wie eine Kompaniemutter. Die hohen Felswände haben schon Hunderttausende von Kubikmetern Werkstücke lassen müssen, aber die Zeiten der glänzenden Konjunktur dürften vorüber sein. An vielen Felspartien kann man gründliche Studien machen, wie sich nach und nach der Elbestrom durch seine ausnagende Tätigkeit den Weg durch das Sandsteingebirge bahnte.

In Rotten halten die Dampfer an, die Ausladung ist schon vollzogen. Es geht dann hinauf zur weltberühmten Wasserte, eines ungeheuren Steinlabirinth. Die Restaurationsbesitzer dort oben haben Preise, die auf dem Gaurisankar auch nicht höher sein können. Es ist nicht Zweck dieses Artikels, die gigantischen Felsenformen der Wasserte zu schildern, aber für die am Ausflug beteiligten Steinarbeiter war das Gesehene schon aus beruflichen Gründen doppelt wertvoll. Kollege Siencke, der in Dresden das Arrangement zum Gewerkschaftskongress mit in Händen hatte, erläuterte nun in humorvoller Weise die wichtigsten Punkte der Wasserte und der näheren Umgebung.

Von der Wasserte ging es durch wunderbar geformte Felseninschnitte nach dem Städtchen Wehlen. Dort fand das Marktfest statt. Im Nu füllte sich der Marktplatz; es war auch eine Tanzbühne improvisiert. Ein Württemberger richtete an mich die Anfrage: „Hat der Bürgermeister schon geschwaht“ (ge-redet). Ich denke, bis is a fauler Witz, aber schon verlobt der hohe C-Zrompeter, daß etwas ganz besonderes los ist. Auf der schön gezielten Altane des Hotels „Deutsches Reich“ haben sich drei Herren eingefunden, und der Württemberger stellte lispelnd mit wieder im Jischlaut zu: „Dös isch der Bürgermeister.“ Der Herr Bürgermeister hub an zu reden, und mit besonders feinem Taktgefühl entledigte er sich seiner Aufgabe. Besonders pries er, daß sich die Gewerkschaften des Kinder-schuges annehmen und damit allein schon eine soziale Tat voll-

Bürschchen und Suffköpfe, als auch das Rennen des vollen Namen Gerlings zurückgenommen und alsbald im „Steinarbeiter“ demontiert werden. Als besonders gravierend wurde gerügt, daß der volle Name Gerlings im Artikel genannt wird. Gerling ist durch diese Publikation in ganz Deutschland gebrandmarkt, gewissermaßen seiner Existenz beraubt und in seinem Fortkommen gehindert. (1)

Die Kommission:
H. Fried, S. Richter und J. Törtig.

Anmerkung. Daß auf den veröffentlichten Bericht in prompter Weise eine Protestresolution hier eingehen würde, war mir klar. Wenn Kollege Fried, der seit Jahren als berufsmäßiger Steniker in seiner Zahlstelle bekannt ist, in jener Versammlung gewesen wäre, wo ich referierte, da hätte er den betrunkenen Gerling ohne weiteres kräftigst unterkühlt. Sollte ich vielleicht die Selbstent Gerlings und seiner Freunde in jenem Bericht unterschlagen? Die meisten Versammlungen wurden in der letzten Zeit durch Leute wie Fried usw. verfaßt, und verlangt man, daß wir gegenüber solchen Mitteltüchern Versammlungspolitik üben sollen? Ordnung in die Zahlstelle kann nur kommen, wenn diejenigen, die dem Alkohol so zusprechen, gar nicht mehr in die Versammlung kommen. — Die Protestresolution läßt mich völlig kalt, ja ich betone ausdrücklich, es freut mich, daß die verabsolgte Stenung gezogen hat, deshalb die unmotivierte Abwehr durch Fried usw. — Die Protestresolution ist von der „Ordnungswahrung nicht einberufen worden“, weil diese am besten wußte, wie bubenhaft und unverschämmt sich Gerling benahm. Und wenn nun Fried, Richter und Törtig schreiben, Gerling hätte sich „nicht ganz richtig“ benommen, so zeigt jene Fassung, daß die Hegelei des G. noch kräftigst unterkühlt wird. Der Steinmetz G. mit seinen drei Verteidigern Arm in Arm. Das gibt ein schönes Bild. — Das Referat über „Geschichtliches aus der Steinmetzzeit“ war deplaciert. Es sei festgestellt, daß der Vorsitzende der Versammlung mehrere Thematika bekannt gab, mit großer Mehrheit wurde beschlossen, den geschichtlichen Vortrag halten zu lassen. Bemerkenswert ist, daß unorganisierte Kollegen nicht anwesend waren, beziehungsweise keine Hilfsarbeiter. Mehrere Kollegen sagten mir nach Auflösung der Versammlung, sie hätte das Thema ungemein interessiert. (Denselben Vortrag hielt ich fünf Tage später in Striegau, wo geradezu eine brillante Aufmerksamkeit herrschte.) Ich behauptete, Gerling und seine Freunde hätten für ein anderes Thema ebenfalls kein Interesse gehabt, es sollte ja Skandal gemacht werden. Es sagte ein Redner: „Der Pfingstdienstag ist nicht geeignet für eine Versammlung.“ Er hätte aber dann hinzuzufügen müssen, der Pfingstdienstag kann wahrlich nichts dafür, daß sich einige Kollegen so betranken.

Wer vor Gericht als Zeuge zu erscheinen hat, muß sich anständig benehmen, wer in die Kirche geht, hat sich ruhig zu verhalten und wer eine Gewerkschaftsversammlung besucht, darf nicht als Knapel auftreten. Es ist nur schade, daß der Gerling mit seinen paar Freunden nicht ohne weiteres von einigen handfesten Kollegen aus der Versammlung hinausbugstert wurde. Gegen solche Elemente muß schonungslos vorgegangen werden, Sentimentalität ist da nicht am Platze. Seit etwa zwölf Jahren halte ich Versammlungen ab, aber ein so schamloses Benehmen, wie es einige Steinmetzen in Neudorf betrieben, ist mir noch nicht vorgekommen. Wenn einige Kollegen glaubten, gegenüber der Verbandsleitung etwas auf dem Herzen zu haben, so konnten sie unter Punkt 2: Gewerkschaftliches, ihre Schmerzen bekannt geben, dort konnten die Oppositionsfreunde genug reden und ich hätte ihnen schon Rede und Antwort gestanden. Der Steinmetz Gerling soll in seinem weiteren Fortkommen gehindert sein, sagt obiger Bericht. Das ist ja Phrasen. Leute wie Gerling, die es meistkräftig verstehen, Uneinigkeit in die organisierten Arbeiter zu bringen, Versammlungen zu führen usw., sind von den Unternehmern immer gesucht. Der Gedrängte wird sicherlich anderweitig mit „geschmackten Händen“ eingestellt.

Wenn sich nun über die Neudorfer Versammlung eine so unlesbare Aussprache notwendig gemacht hat, so wirkt das für die Zukunft erschwerend. Die Christlichen können daraus abschluß kein Kapital schlagen, wenn sie auch einige schnobdrige Bemerkungen bringen sollten. Auch die von Fried usw. künstlich erzeugte Aufregung wird sich in Hockenan-Neudorf schon wieder legen, dazu tragen diese Zeilen sicherlich bei. Wenn wir als organisierte Arbeiter das fleißigste Treiben einiger Mitglieder nicht mehr beim richtigen Namen nennen dürfen, dann wäre es Zeit, mit der Gewerkschaftsbewegung einzupacken. Im Neudorf wie Gerling zur Aktion zu bringen, gibt es nur das Mittel: „schonungslose Kritik“. Die Sandsteinmetzen in Neudorf haben durch den Verband die achtstündige Arbeitszeit errungen, um so unbegreiflicher ist es, daß Gerling in einem solchen Gebiet noch Verteidiger findet. Diese Nachschrift hat nicht den Stil der höheren Lehrenschule, es mußte derb abgerechnet werden, damit sich die Gesinnungsgenossen des Gerling mit ihrem zukünftigen Verhalten dementsprechend einrichten können.

Im Verband aber muß auf die gesundheitliche und moralische Schädigung durch den übermäßigen Alkoholgenuß noch mehr wie bisher verwiesen werden.

Allois Staubinger.

Steinarbeiterschaft und Alkoholgenuß.

In einer Versammlung der Granitarbeiter zu Tschirntz (Oberösterreich) führte kürzlich der Kollege Neumann über die Alkoholfrage folgendes aus:

Die organisierte Arbeiterschaft bekämpft mit aller Entschiedenheit den Schnapssteufler. Vieles ist ja schon besser geworden, aber wann Bekehrter scheint wieder dem alten Uebel zu verfallen. Wir dokumentieren unsere kulturellen Bestrebungen auch noch

brachten. Die Begrüßungsrede wurde lebhaft applaudiert. Genosse Bauer von der Generalkommission dankte für die freundlichen Worte, und seine herkulische Persönlichkeit nahm sich auf dem Balkon ganz nett aus. Genosse Eichhorn (ein Sohn des verstorbenen Leipziger Steinmetzen Eichhorn, der vor zwanzig Jahren in unserem Verbands eine hervorragende Rolle spielte) präsidierte in markigen Worten den Fortschritt der Arbeiterbewegung im Kreise Pirna.

Die Formalitäten waren somit erfüllt, nun kam die „Gemütlichkeit“ zu ihrem Recht. Der Vertreter der schwelgerischen Gewerkschaften, der 68jährige Greulich, ein Greis im weißen Silberhaar und wallenden Bart, tanzt mit einem jungen Elbflorenzmadel einen schneidigen Walzer. Alt und jung freute sich, das Greulich, welcher in Jülich dem Großen Stadtrat präsidiert und Mitglied des Kantons- und Nationalrates ist, also die höchsten Ehrenämter bekleidet, noch eine so große körperliche und geistige Regsamkeit besitzt.

Bei einem kleinen Rundgang auf dem Marktplatz habe ich folgende Eindrücke notiert: Der Seemann Paul Müller, das vierköpfige Ungeheuer, wie ihn auf dem Parteitag zu Lübeck einst Ignaz Auer nannte, sitzt im Kreise der Berliner Delegierten. Müller ist sicherlich der beste Redner des Kongresses, und jeder gesprochene Satz ist in kristallinischer Form gegossen. Bei Müller hat der Stenograph bloß mechanisch zu schreiben, die Interpunktionen gibt er selbst mit grammatikalischer Sicherheit. Die Berliner hören auf dem Marktplatz Müller mit gespannter Aufmerksamkeit an, und das will doch was heißen, daß ausgerechnet die Berliner schweigen. Der böhmische Schriftsteller Cornelius Tacitus sagt in seiner Schrift „Die Germanen“, daß zwischen Elbe und Oder, um die Havel und Spree die Semnonen wohnten. Von den Berliner Delegierten ist sicherlich keiner ein Nachkomme der Semnonen, wenn nicht

Saburch, wenn wir auf unsere Fahne schreiben: Weg mit dem Alkohol! (Beifall.) Viele Schnapssteufler opfern durch ihr Leben dem Staate und den Junkern jährlich 40-60 Mark an Steuern (Hör, hört!), das können wir nicht gutheißen. Der gewichtige Landrat, der eine ungeheure Macht ausübt, wird oft von den Arbeitern bestürmt um Erstattung der Staatssteuern, aber zum Schnapsgenuß langt es immer noch zu. Ein solches Verhalten sei einfach beschämend, es hebt unser Ansehen nicht. (Sehr richtig!)

In der Steinindustrie wird noch viel zu viel getrunken, darum kommen wir in einigen Gegenden auch mit dem Verbande nicht recht vorwärts. Wo die Schnapsflaste in der Praxis steck, hat natürlich das Organisationsbuch keinen Platz mehr. (Sehr wahr!) Es ist ein Skandal, daß sich die Kollegen, und zwar häufig Montags, nicht miteinander vertragen wollen. Die Ursache kennt wohl jeder zur Genüge. Woher kommt es, daß häufig über die zehnstündige Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird? Meistens daher, weil Montags und Dienstags die Arbeitszeit nicht innegehalten wird. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß es die Poliere dort, wo sehr viel getrunken wird, mit der Bezahlung auch nicht genau nehmen, weil sie wissen, daß Leute, welche dem Alkohol harz zusprechen, keine künftigen Tarifkämpfe sind. (Lebhafte Zustimmung.) Die Alkoholfrage muß auch vom Gesichtspunkte des inneren Verbandslebens aus betrachtet werden. Vor allem dürfen Alkoholiker nicht in die Verhandlungen der Zahlstellen gelangen. Wer unsere Lehren vortragen will, der muß in erster Linie ein tadelloser Charakter und keis nüchtern sein. Haben wir nicht öfter aus dem Munde der Unternehmer hören müssen: „So, der A. und B. ist Funktionär im Verbands, aber er gehört zu denen, die auch nicht immer nüchtern sind.“

Die Unternehmer sind immer unsere Gegner, aber wenn sie uns von dieser Seite noch packen können, — so haben wir Abhilfe innerhalb den eigenen Reihen zu schaffen. (Beifall.) Schon häufig ist es vorgekommen, daß die Dispositionen bei Kohlenbewegungen umgestoßen wurden, und zwar meistens durch Leute, die sich in „gehobener Stimmung“ befanden. Mancher Kollege, welcher ziemlich viel Spirituosen zu sich genommen hat, dünkt sich außerst klug und glaubt ein Anrecht darauf zu haben, sich bei allen Gelegenheiten als Versammlungsführer aufzuspielen. Die Versammlungen verlaufen dann kümmerlich, die Funktionäre kriegen es satt, sich immer abzulassen zu lassen, die ganze Arbeitsfreudigkeit leidet und das Ende vom wohlbekanntem Liebes ist, daß es in den Vorstandsamtären zugeht, wie in einem Laubenschlag. (Sehr wahr!)

Die Alkoholiker sind, und das muß offen ausgesprochen werden, immer an der Lete, wenn es gilt, Verbandsangelegenheiten zu kritisieren. Wir lassen es uns nicht gefallen, daß uns unsern Reigen, unterkühlt durch das Alkohollaster, die kulturelle Bestrebung und Nachteilsfaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung herabgesetzt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Welche Unsumme von Geld wird schon in die Familie getragen, weil der Mann die elende Schnapsflaste nicht weiben kann. Kollegen! Denkt daran, welche Autorität der Vater gegenüber seinen Kindern besitzt, wenn sie oft weinend am Frühstückstisch sitzen und dann ansetzen müssen, wie des Vaters Verstand durch den Alkoholgenuß gestört und der Geldbeutel bereits völlig entleert ist. (Große Bewegung.)

Kollege Neumann schloß seine zündende Rede mit den Worten des sozialistischen Führers Dr. Wandervogel: „Wir haben deshalb die gebieterische Pflicht, dem Alkohol den Krieg zu erklären und ohne Gnade und mit dem Messer einen Feind zu bekämpfen, der um so gefährlicher ist, als er sich als verkappter Freund in unserer Mitte, im eigenen Lager befindet.“ Wir würden nur herzlich wünschen, wenn in all unsern Mitgliederversammlungen diese trefflichen Worte des Pflastersteinmachers Neumann zur Verlesung kämen.

Bericht des internationalen Steinarbeiterssekretariats pro 1. Quartal 1911.

(Der deutsche Bericht ist weggelassen.)

Allgemeines. Dem Sekretariat weiter beigetreten sind die Länder Bulgarien, Kroatien und Gesamtverband in Dänemark.

Schweden. Der Verband rechnete beim Anfang des Quartals mit 3740 Mitgliedern in 103 Abteilungen. Verhandlungen betreffend neue Tarife haben stattgefunden, jedoch bis jetzt ohne Resultat; die Arbeitgeber wollen die jetzigen Löhne reduzieren und auch in ungewissen Fällen die Arbeitszeit verlängern. Auf Grund der unverschämlichen Haltung der Arbeitgeber haben wir einen umfassenden Konflikt zu gewärtigen. Während des Quartals haben wir eine umfassende Agitation getrieben mit sehr gutem Erfolge.

Oesterreich. Die Arbeitslosigkeit war im allgemeinen im ersten Quartal nicht so groß, wie wir diese in demselben Zeitraum des vorigen Jahres zu verzeichnen hatten. In einzelnen Gebieten, und zwar in Nieder- und Oberösterreich, ist aber in der Granitindustrie noch immer eine Stagnation, wodurch ein Teil der Kollegen gezwungen wird, aus den Orten auszuwandern. Die Mitgliederzahl ging, was in den Wintermonaten immer zu bemerken ist, gegen das Vorkjahr etwas zurück. Nach den in den ersten drei Monaten in diesem Jahr abgeführten 5343 Beitragen ergibt sich ein reiner Mitgliederstand von 5093 Mitgliedern. Neu dem Verbands beigetreten sind im 1. Quartal 901 Steinarbeiter. Die Einnahmen sind 29501.13 Kronen, während die Ausgaben in den drei Monaten 1683.82 Kronen betragen. Für Nachregelungsunterstützung wurden 395.86 Kronen, Arbeitslosenunterstützung 3177.66 Kronen, Notfallunterstützung

673 Kronen, Reiseunterstützung 604.60 Kronen und Sterbefallunterstützung 300 Kronen ausgegeben. Die Agitationsausgaben haben im ersten Quartal 383.14 Kronen betragen. Bemerkenswert ist, daß wir im ersten Viertel des Jahres 1911 keine Streikausgaben hätten; abgesehen von mehreren Maßregelungen, wo einige Kollegen die Brut der Unternehmer im Winter erst zu spüren bekamen, fanden keine Konflikte statt, die einen Streik zur Folge gehabt hätten. Diese kleine Erholung konnte unsere Verbandskasse gut gebrauchen, da schon Ende März die Bereinigung der Steinindustriellen in Friedberg in Desterreich-Schleifen über 1100 Steinarbeiter gekündigt hat. Tatsächlich wurden zu Beginn des zweiten Quartals 887 Arbeiter ausgesperrt, weil sie sich geweigert haben, eine in mancher Position 30prozentige Lohnverschlechterung anzunehmen. Das Ergebnis dieses Kampfes, der für die Arbeiter nicht ungünstig steht, schildern wir im nächsten Quartalsbericht. Im Süden Oesterreichs, im Küstenlande, macht unsere Organisation unter den italienischen und slowenischen Steinarbeitern gute Fortschritte. Dasselbe ist auch in Galizien bei den polnischen Steinarbeitern der Fall. Unsere Organisation hat eine stetig fast gleichmäßig zunehmende Entwicklung aufzuweisen, was den Mitgliedern immer bessere wirtschaftliche Vorteile bringt.

Kroatien. Der Kampf der Agrarer Steinarbeiter wurde nach acht Wochen am 26. März beendet. Mit den Unternehmern wurde ein Vertrag abgeschlossen, der für die Arbeiter einen vollen Erfolg bedeutet. Die Vertragsdauer beträgt drei Jahre. Die Löhne wurden folgendermaßen als Stundenlöhne festgesetzt:

Im Jahre	1911	1912	1913
Neu angelernte und über 50 Jahre alte Arbeiter	49	50	52 Heller
Durchschnittsarbeiter	56	60	64
Qualifizierte Arbeiter	64	68	72

Für Granitarbeiter wird ein Zuschlag von 10 Heller pro Stunde bezahlt. Für Landarbeit ist ein Tageszuschlag von 250 Kronen zu zahlen.

Bulgarien. Die Steinarbeiter gehören dem Fabrikarbeiterverband an, zurzeit sind jedoch Bestrebungen im Gange, Berufsvereine zu gründen. Allerdings steht man auf Schwierigkeiten in der Agitation, speziell unter den mazedonischen Steinarbeitern, die noch auf niedrigster Bildungsstufe stehen. Auch der Gruppenakt, der hier allgemein noch Mias ist, legt der Förderung der Organisation große Hindernisse in den Weg. Der Gewerkschaftsbund Bulgariens gibt sich zurzeit die ernstlichste Mühe, um die Steinarbeiter zu organisieren.

Amerika. Aus dem Berichte über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Steinarbeiter am 6. Mai 1911 entnehmen wir folgendes:

An der Statistik haben sich 246 Sektionen beteiligt. An all diesen Orten ist die Arbeitszeit acht Stunden pro Tag. Ueber die Löhne gibt folgendes Resultat ein Bild: In 145 Orten war ein Lohn von 40-50 Cents pro Stunde, in 44 Orten von 51-60 Cents, in 54 Orten wurde 61-70 Cents bezahlt und in 3 Orten über 70 Cents. Von 29 Orten wird berichtet, daß die Geschäftskonjunktur sehr gut sei, während 97 Orte das Gegenteil konstatieren.

Schweden. Durch die Ausführung einiger Staatsbauten in diesem Jahre hat sich die geschäftliche Situation wieder etwas gebessert. Diese Situation wurde natürlich allerorts bemerkt, um die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, was die schlechte Konjunktur der letzten Jahre eben nicht zuließ. Spiegelbild unter den Arbeitern der Kunststeinindustrie ist reges Leben, allerorts rühren sich die Zemeiter, um sich unserm Verbands anzuschließen. Die Anwendung der modernen Architektur hat ebenfalls die Notwendigkeit mit sich gebracht, Ergänzungen zu den bestehenden Tarifen durchzuführen. Die Granitindustrie im Norden und West scheint nicht mehr aufzukommen. Es ist eben nicht möglich, für so große Betriebe die nötigen Aufträge zu bekommen.

Steinausreibungen.

- Folgende Steinausreibungen sind uns bekannt geworden:
Königl. Kanalbauamt Leipzig. Sandsteinarbeiten für den Neubau der Bauhalle
Eisenbahnbetriebsamt Brandenburg a. O. 1100 Quadratmeter Granitpflastersteine 3. Klasse.
Königl. Eisenbahnbauabteilung Bochum. Anfertigung und Lieferung von Treppentritten aus Hartgestein für die westlichen Bahnsteigausgänge auf Bahnhof Langendreer, 270 laufende Meter.
Königl. Eisenbahnbetriebsamt I in Posen. Zur Herstellung der Zufuhr- und Befestigung auf Bahnhof Baborowo 300 Kubikmeter Pflastersteine.
Kanalbauamt III Rendsburg. 210 Kubikmeter Granitwerksteine für die Brücken der Eisenbahnverlegung bei Rendsburg (Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals).
Königl. Eisenbahnbetriebsamt Lauenburg. Zur Herstellung zweier Gussunterstützungen auf Bahnhof Lauenburg (Pommern) 700 Kubikmeter Pflasterkopfsteine.
Der Bürgermeister in Bredstedt. 520 Quadratmeter schwedische Pflastersteine Nr. 2 sowie 250 laufende Meter Kantsteine.
Königl. Kanalbauamt Herten. Herstellung der beiden Schleusen VII des Rhein-Herne-Kanals mit den Unterbauten der Letztere, den Gusssteinern und der Böschung- und Sohlendeckung der Vorhöfen in einem Vose: U. a.: 150 Kubikmeter Werksteine aus Basaltlava, 63 Kubikmeter Werksteine aus Granit, 620 Kubikmeter Ruhrkohlenlandsteinverblendung.

Scharf muß gerügt werden, daß der Bürgermeister in Bredstedt schwedisches Material vorschreibt. Gegenüber einem solchen Auslieferungsmobus erheben wir den schärfsten Protest. Der Herr Bürgermeister ist sicherlich ein guter Patriot; es ist anzunehmen, daß er deshalb beim Wettbewerb auch einheimisches Gestein berücksichtigt.

doch sicherlich Genosse Cohen (die Aussprache lautet: Co-hen), der Vertrauensmann der 60,000 organisierten Metallarbeiter, davon eine rühmliche Ausnahme macht.

Die Stadträte Rath (München) und Merkel (Münsterberg) sind auch in eifriger Disputation beschäftigt. Schade, daß sie zur Feier des Tages nicht in ihren kleidsamen stadträtlichen Auszeichnungen erschienen sind; wie schön hätte sich's ausgenommen, wenn sie Dreizehn und Achteck angelegt hätten. Ich will den Genossen Merkel, der heute ausnahmsweise keine Amtsinne vor sich trägt, nicht darüber interpellieren, ob er denn die in Münsterberg im großen Bruder Maurer, pardon Bauarbeiterverband organisierten Steinhauer nicht unserm Verbands beizuführen will, wohnt sie auch zweifellos gehören.

Besonders fällt mir auf Genosse Umbreit, leitender Redakteur am „Korrespondenzblatt“. Er hat sich ins Gebirgslostin geworfen und blinzelt schmerzlos, gleich Eschscholchen durch die große mit Gold umranderte Bille, um am Firmament zu erpähnen, ob auch Jupiter Pluvius heute keine Dummheiten im Kopfe hat. Genosse Umbreit, der emsige Redakteur, treibt auch sehr fleißig naturwissenschaftliche Studien, und in der Pflanzkunde und Pflanzkunde hat er es ziemlich weit gebracht. Er hält mir denn auch gleich einen Vortrag über den Ichthyosaurus quadriscissus, von dem Reste in der Siassicht, und zwar im Posidonienschiefer, gefunden werden. Weiter erfahre ich, daß in der Triassicht folgende Reptilien zu verzeichnen sind: Thapsosaurus, Phasobontia, Testudinata, Chiroptera und Pterosauria. Als nun ein spöttischer Bayer einwirft, es dürste dabei das Rhinoceros lendenginticus nicht verzeihen werden, bricht der Herr Dogent mit seiner wissenschaftlichen Abhandlung ab,

Das Sammeln zum Abmarsch wird gegeben; die Schiffslände ist schnell erreicht. Ganz Wehlen ist zum Abschied, es war 10 Uhr nachts geworden, erschienen. Auf den Schiffen erklingen die bekannten Arbeiterweisen, und einige hochaufsteigende Raketen zeigen, daß die Wehlener mit dem Besuch sehr zufrieden waren. Bis nach Pirna hinunter sind an beiden Ufern die Steine und der Vorch ersehnt. Sie schossen mit ihren Veranstaltungen den Vogel ab. Die kleinen zierlichen Säuschen waren festlich illuminiert. 300er Krachten und Kräftige Arbeiterlieder waren zu vernehmen. Durch vorzüglich gelungene Schattenspiele kam der Steinarbeiterberuf vollends auf seinem Recht. Da war zu sehen, wie die Kollegen schwere Schramarbeit leisten; eine andre Darstellung zeigte, wie die Keilschläger in einen großen Block gehauen werden, die dritte Gruppe führte uns auf den Werkplatz (wenigstens dem Bilde nach), und die Kollegen spitzten und scharierten an den Werkstücken herum, als wie die Heinkelmannen. Auch eine Platte reichte in einer Gruppe war in voller Tätigkeit. Nicht darf vergessen werden, wie einige Kollegen beim Vordenrecht zusammenstanden, der Altgeselle war sich seiner Stellung vollständig bewußt.

In Pirna entbot den Heimwärtsfahrenden der Sängerkorps seinen Gruß. Die Darbietungen machten großen Eindruck. Die Turnvereine führten in vorzüglicher Weise lebende Bilder auf, sie ernteten stürmischen Beifall. — Die über 200 Meter lange Cöpiher Brücke war von Tausenden von Proletariern belagert; sie waren stolz, den Delegierten ihren Willkommgruß darbringen zu können. Diese Arbeiterversammlung zeigte so recht deutlich, daß Massen und Führer eins sind. Der Ausflug wurde auch in der bürgerlichen Presse lebhaft kommentiert, den Kongreßdelegierten werden die verlebten Stunden untergeflücht bleiben.